

Klassenkampf

SPD-Angriff

auf die Arbeiter

Eichels
Sparpaket

Außerdem:
Anti-Nazi Demo in Köln
Giordano Rede
Bei Abschiebung ermordet:
Aamir Ageeb
Polizeiterrror gegen
Asyl-Flüchtlinge
50 Jahre BRD
Kosovo und die neue
Weltordnung
Selbstbestimmungsrecht
der Kosovaren
Der Mensch als Sklave
seiner Gene?





Editorial

Das Jahr 2000 wird als Anfang des Zeitalters der Vorbarbarei in die Geschichtsbücher eingehen, der Ära, in der endgültig die Entscheidung fällt zwischen Sozialismus oder Barbarei.

In Deutschland ist es gerade der "Arbeiterpartei" SPD vorbehalten, das Ende der "sozialen Marktwirtschaft" einzuläuten.

Im Kosovo wird uns die internationale Barbarei des Spätkapitalismus vorgeführt. Unabhängig von der Frage "gerecht" oder "ungerecht" kann der Imperialismus zunehmend nur noch dann Märkte finden, wenn er auch sein Militär einsetzt. Irak, Bosnien, Kurdistan und Kososvo, Kaschmir, Tschetschenien oder Liberia beweisen, daß die Globalisierung nicht mehr Frieden bringt, sondern immer mehr Krieg und Rückfall in die Vorzivilisation.

In dieser Situation gilt es für die Linke noch mehr, unsere historische Aufgabe zu erledigen. Diese ist nicht, stellvertretend für die Arbeiter zu handeln, sondern uns auf die zukünftige Führungsaufgabe vorzubereiten d.h., uns in der Theorie und in der Praxis eine marxistische Sicht- und Handlungsweise anzueignen.

Leider handeln die meisten Linken als Voluntaristen nach dem Satz von Bertolt Brecht: *»Nachdem ich mein Ziel aus dem Auge verlor, verdoppelte ich meine Anstrengungen.«*

Man muß aber auch das richtige zum richtigen Zeitpunkt tun, handeln nach den historischen Notwendigkeiten.

Wir müssen heute vielmehr auf die Notwendigkeit des Kommunismus hinweisen, auch, wenn dies die Massen noch nicht verstehen. Die Propaganda für unser Ziel muß in den Vordergrund rücken, um linke Marxisten zu schulen.

Gerade auch der Balkan zeigt uns, daß eine andere Alternative oder ein "Dritter Weg" gar nicht mehr möglich sind. Der Sozialismus muß auf die Tagesordnung der Linken, nicht nur als Worthülse, sondern in der lebendigen Verbindung zwischen Theorie und Praxis.

INHALT

- 2 Editorial ★ Inhalt ★ Kontaktadressen
- Notizen des Monats**
- 3 Henkel bei Castro ★ Berufsverbot wegen Antikriegslied ★ Grüne Abgasverordnung
- 4 Demo gegen EU-Gipfel ★ Streik bei Continental
- 5 G8-Gipfel: Entschuldung nur Alibi
- Anti-Nazi Kampf**
- 6 Nazi Aufmarsch in Köln verhindert
Antifaschistische Demo in Hamburg
- 7 Dokumentiert: Redebeitrag von Ralph Giordano auf Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch in Köln
- Rassismus**
- 8 Abschiebung in die Hölle: Sudan
- 9 Aamir Ageeb bei Abschiebung ermordet
- 10 Polizeiterror gegen Asyl-Flüchtlinge
Angeborener Rassismus der Polizei oder Ergebnis der Kapitallogik?
- Titelthema**
- 28 Eichels Sparpaket
- 15 SPD `99:
Abschied von der sozialen Marktwirtschaft
- BRD**
- 16 50 Jahre BRD
Ein Grund zum Feiern?
- Krieg und Imperialismus**
- 18 Kosovo und die neue Weltordnung
- 19 Die Nato und der neue Imperialismus
- 21 Das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren und die Linke
- Buchbesprechung**
- 24 Der Mensch als Sklave seiner Gene?
„Die Gene sind es nicht“ von Lewontin, Rose und Kamin: Der Terror der Ökonomie
- 27 Ortsgruppen ★ Termine ★ Veranstaltungen ★ Grundsätze



Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes und Kontakt:
Norbert Nelte Xantener Str. 3b, 50733 K ln
Tel.: 0221/760 41 00
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- e
Abo-Preis: DM 20,- / 10,- e
(6 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:
Aachen: Beate · 02 41 / 99 76 776
Bonn: Gaby · 02 28 / 47 54 16
Düsseldorf: Aky · 02 11 / 29 26 465
Essen: Karsten · 02 01 / 64 61 555
Hamburg: Christoph · 040 / 63 99 80 42
Köln: Francis · 02 21 / 51 01 796
Solingen: Per email · wollfff@gmx.de oder telefonisch über Köln
Lübeck über Köln

email: klassenkampf@net.cologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Der Superkapitalist und der „Revolutionär“

Castro und der Oberkapitalist BDI-Chef Henkel sind politisch ein Herz und eine Seele.

Anlässlich eines Besuches zum Ausloten des kubanischen Investitionsstandortes für deutsches Kapital stellten beide ihr Mißtrauen gegenüber den Gewerkschaften fest. Castro sammelte bei dem „Harten-Knochen“-Kapitalisten auch Punkte, als er ihm auch beipflichtete, daß in Deutschland zuviel Sozialhilfe bezahlt werden würde.



Henkel vor dem Portrait von Che

Also, liebe Revolutionsromantiker. Rettet Euch nicht nur vor dem Beschäftigungspaktgegner Henkel, sondern auch vor dem „Revolutionär“ mit dem Rauschebart, er will Euch ans Portemonnaie - „No Pasaran“ - oder war das Kapital in Kuba nicht schon immer da?

Berufsverbot wegen Antikriegslied

In Frankreich wurde die Schuldirektorin Ségolène Royal auf Betreiben mehrerer Veteranenverbände abgesetzt, weil sie anlässlich einer Feier zum Ende des Zweiten Weltkrieges das Antikriegslied „Der Deserteur“ (Ich will nicht in den Krieg ziehen. Ich bin nicht auf der Welt, um arme Leute umzubringen...) hat singen lassen.

Während des Balkankrieges ist in Europa die Zeit der Falken, für Friedensanhänger ist kein Platz. Das Kapital zeigt sein wahres Gesicht: es will Blut, keine Tauben.

Gr ne wollen mehr Abgase als Daimler-Chrysler

Inzwischen wissen auch die Langsamsten, wofür die Grünen eigentlich im Bundestag sitzen. Ihre Friedensforderungen entpuppen sich als Kriegsgeheul, ihre Anti-AKW-Politik ist für den St. Nimmerleinstag geschrieben, ihre „Ökosteuern“ zeigt sich als Abkassiermodell gegen die kleinen Leute, mit dem Doppelpaß war auch nix und jetzt fällt auch noch die Umweltorientierung.

Die rot-grüne Regierung will die Schwefelgehalt-Grenze von 300 Teilchen pro Million (ppm) auf 50 ppm senken. Dieser Wert wird von den Autokonzernen als viel zu hoch gewertet. Für Daimler-Chrysler hat »die Reduzierung des Schwefelgehaltes oberste Priorität« und will deshalb die Grenze auf 10 ppm absinken lassen

Die Rot-Grünen aber sperren sich mit dem Argument dagegen, daß die Mineralölindustrie die Umbaumaßnahmen nicht in einem Jahr schaffen könne. Kann sie aber doch, nur, das würde einige Millionen mehr kosten.

Die Grünen nicht nur als Handlanger der USA-NATO-Kriegstreiber und der Atomindustrie, sondern auch der Ölkonzerne. Die Umweltbewegung aber wird von dem guten Stern angeführt. Was man noch alles lernen muß.

Trampelt nicht auf uns herum!

Streikdelegation von Continental, USA protestiert auf AG-Hauptversammlung in Hannover

Seit mehr als 250 Tagen streiken die Arbeiter des Continental-Werkes in Charlotte, USA, um gegen die Entlassung von 850 Kollegen zu protestieren, die durch Streikbrecher ersetzt wurden.

Zur Jahreshauptversammlung der Aktiengesellschaft in Hannover flog eine Delegation der Arbeiter aus den USA ein, um gegen den Krieg von Continental gegen amerikanische Arbeiterfamilien zu protestieren. Zuerst veranstalteten die etwa 30 Kollegen, Mitglieder der US-Stahlarbeitergewerkschaft USWA, eine kleine Demonstration vor dem Versammlungsgebäude. Später hatten sie die Möglichkeit, ihre Forderungen mit drei Redebeiträgen darzulegen.

Eine Rücknahme der Entlassungen wurde aber mit über 99 Prozent von den Versammlungsteilnehmern abgelehnt.

Jetzt heißt es, zurück zum Kampf: Sie kündigten für Ende Juni eine internationale Aktionswoche gegen die Entlassungen an. Außerdem versuchen die Arbeiter, einen Boykott von Continental in den USA zu organisieren.



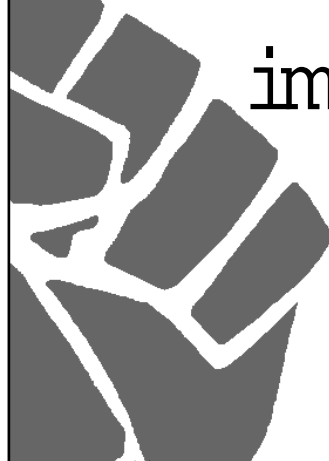
Demo gegen den EU-Gipfel in Köln

Rund 25.000 Gewerkschafter und Linke aus ganz Europa kamen am 29.5.1999 in Köln zusammen, um eine Gegenstimme zum Gipfel der EU-Bosse in Köln zu setzen. Eine Delegation indischer Kleinbauern der Kampagne „Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand“ reihte sich ebenfalls in den Protestzug ein. Die Demo im Rahmen der „Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus“ war die größte Demonstration in Köln seit den Protesten gegen den Golfkrieg 1991.

Neben der Hauptforderung nach Arbeit für alle wurden ein Ende des Krieges auf dem Balkan und weitere Forderungen gestellt.



Internationale Sozialisten



im Internet

News,
Infos,
Texte zum
Runter-
laden etc.



<http://www.internationalesozialisten.de>

e-mail: klassenkampf@netcologne.de

G8-Gipfel: Entschuldung als Alibi für die Politik der Killer

★ MARGIT BEHREND



Die hohen Herren der westlichen Welt haben sich Mitte Juni in Köln getroffen, um die weiteren Perspektiven der Weltwirtschaft zu diskutieren. Durch die weltweite Kampagne „Erla Jahr 2000“ war ein zentrales Thema in der Berichterstattung bei dem G7 Gipfel ein Schuldenerla für die ärmsten Länder der Welt. Mit einer symbolischen Menschenkette um den Kölner Innenstadtbereich herum, brachten mehr als 30.000 Demonstranten diese Forderung zum Ausdruck. Teilnehmer waren kirchliche und linke Gruppen, aber auch Rockstars. Unterstrichen wurde die Forderung nach einem umfassenden Schuldenerla für die Länder der sogenannten „Dritten Welt“ durch die Übergabe von 17 Millionen Unterschriften an Gipfel-Gastgeber Gerhard Schröder.

Doch der wiegelte ab. Ein Schuldenerla sei durchaus geplant. 70 Milliarden Dollar (rund 130 Milliarden DM) Schulden würden 36 armen Ländern erlassen. Doch, so bekannte Schröder ganz offen, ist das die Summe, die man sowie nicht zurückerhalten würde - also eine Farce.

Der Zynismus der westlichen Herrscher wird deutlich, wenn man die Kriterien für die Entschuldung näher beleuchtet: Entschuldung sollen nur die HIPC-Staaten (besonders hoch verschuldete Staaten). Das sind Staaten, deren jährliche Schuldentilgung (Rückzahlungsrate + Zinsen) mehr als 125% ihres Bruttosozialproduktes bzw. mindestens 150% ihrer Exporterlöse ausmacht. Von den vielen anderen Ländern, die in

tiefster Armut verharren, deren Verschuldung aber geringer ist, wird eine Entschuldung nicht mal angedacht. Zudem werden bei der Entschuldung Auflagen über soziale Einschnidungen, weitere Öffnung der Märkte für Industriegüter u.ä. betreffend gemacht.

Die Forderungen der Kampagne „Erla Jahr 2000“ nach einem vollständigen Schuldenerla für die armen 50% der Länder auf der Welt werden also nicht annähernd erfüllt. Doch selbst wenn man dieser Forderung nachkäme, hätte das kaum mehr Auswirkungen auf die Situation als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Die wirkliche Fessel der „Dritten Welt“ ist nämlich die imperialistische Zollschränkenpolitik der reichen Länder.

Schon zur Kolonialzeit zeigte sich das wahre Gesicht des Kapitalismus in seinen Kolonien. Das hat schon Nikolai Bucharin in seinem Buch „Imperialismus und Weltwirtschaft“ (IS-Broschüre) festgestellt:

»Der blutige und schmutzige Charakter des Kapitalismus, alle seine Schrecken und alle seine Schande, der ganze Zynismus, die Habgier, die Bestialität der modernen Demokratie konzentrieren sich gerade in den Kolonien.«

Doch ist der heutige Imperialismus nicht weniger bestialisch. Die Zollschränkenpolitik der Industrienationen sorgt dafür, da der Unterschied zwischen den armen und den reichen Ländern ständig zunimmt. Trotz ihrer heutigen „Autonomie“ unter-

liegen diese Länder ökonomisch noch dem Ausbeutungsmechanismus der damaligen Kolonien: Rohstoffe werden zu Billigstpreisen bei niedrigen Zöllen in den Norden ausgeführt, und auf gewinnträchtige Fertigprodukte erhebt die entwickelte Welt horrende Einfuhrzölle. Auf diese Art und Weise kann sich die Wirtschaft dort nicht entwickeln.

Fallende Rohstoffpreise führen dazu, da diese Länder immer tiefer in einen Sog aus ständiger Verarmung und Verschuldung hineingeraten. Die Verantwortung dafür und für täglich 50.000 tote Kinder in der „Dritten Welt“ tragen die Bosse des Nordens: Clinton, Jospin, Blair, Schröder und viele andere.

Wir unterstützen natürlich die Forderung nach einem generellen Schuldenerla für die armen Länder, aber es ist auch notwendig, den Zollprotektionismus der reichen gegen die armen Länder aufzuheben. Doch diese Forderung kann nicht von christlichen und anderen bürgerlichen Gruppen geäuert werden, da diese Forderung das ganze Fundament des Welt-Kapitalismus und Imperialismus, mitsamt seinen Unterdrückungsagenturen IWF und Weltbank, ins Wanken bringen würde. Diese Aufgabe kann nur die Arbeiterklasse in den Metropolen erfüllen.

Sofortiger Schuldenerlaß!

Weg mit der imperialistischen Zollschränkenpolitik!

Keine Entschuldigung für die Mörder von gestern! Stoppt die Mörder von morgen! Nazi Aufmarsch in Köln verhindert!



Für den 22. Mai hatten die NPD und ihre Jugendorganisation JN einen Aufmarsch gegen die in Köln gastierende Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ angekündigt. Die braune Pest hatte den ersten Aufmarsch in Köln seit 1945 geplant.

„Köln stellt sich quer“ war das Motto der Gegendemonstration. Und dieses Motto wurde sehr erfolgreich durchgesetzt.

Die Gegendemonstration des linken Bündnisses wurde unterstützt durch Prominente wie der Mannschaft des 1. FC Köln, Alfred Biolek und Ralph Giordano, der auf der Auftaktkundgebung eine Rede hielt (Die Rede wird dokumentiert auf der nächsten Seite).



Die offizielle Anti-Nazi-Demo mit mehr als 2.000 Leuten ging vom Waidmarkt bis zum Dom. Danach löste sie sich auf, und man schlug sich bis zum Nazi-Versammlungsort am Ebertplatz durch. Dies gelang trotz eines riesigen Polizeiaufgebotes.

Dort hatten sich etwa 200 Nazis verschiedener Altersstufen versammelt. Sie boten ein angenehm verlorenes Bild, bedrängt von der großen Überzahl der Demonstranten und Passanten und geschützt von der deutschen Polizei.

Als die Linke sich versammelt hatte, wurden Eier, Tomaten, Mehl, Joghurt und vieles mehr auf die Nazis geschmissen. Teilweise waren die Wurfgeschosse von Anwohnern und Händlern gestiftet worden. Anwohner und Passanten skandierten die Anti-Nazi-Sprüche der Linken teilweise mit.



Nazis versuchen vergebens sich vor dem Eierhagel zu schützen

Zwar durften die Nazis etwa 50 Meter über den Ebertplatz laufen, doch dabei blieb es. Nach Stunden wurden sie - unter Sprechchören seitens der Demonstranten - zu ihren Bussen geführt.

Die Nazis hatten in Köln keine Chance, ihr rassistisches Gift und ihre mörderische Hetze offen zu verbreiten.

Antifaschistische Demonstration in Hamburg

★ FRANZJOSEF MAUKE

Die NPD hatte angekündigt, am 5. Juni '99 eine Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung in Hamburg durchzuführen, es wurde mit 2.000 Nazis gerechnet. Der Ausgangspunkt sollte das Kriegerdenkmal mitten in der Hansestadt sein. Die Linken hatten zu einer Gegendemonstration aufgerufen, zu der 10.000 Menschen erwartet wurden.

Die übliche Taktik, die Nazi-Demo zu verbieten und ganz kurz vor dem Termin doch wieder zu erlauben, um zu bewirken, da die Linken weniger mobilisieren, da viele glauben, die Nazi-Demo wäre wirklich verboten, konnte bei diesem massiven Widerstand von links nicht beibehalten werden.

Vielmehr wurden beide Demonstrationen verboten, und der Platz um das Kriegerdenkmal weiträumig abgesperrt. Viele Linke gingen dann auch nach Hause, doch um die 2.000 fanden sich einen Kilometer entfernt auf dem Uni-Gelände ein, das nur auf Umwegen zu erreichen war. Hier spielten Bands und zwei Stunden nach dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt setzte sich eine Demonstration in Bewegung.

Polizei in Kampfmontur und Dreierreihen versperrte jedoch einstweilen den Weg.

Schließlich wurde die linke Demonstration doch noch erlaubt und erreichte die Größe von 2.500 Antifaschisten. Die DGB-Führung hatte zu einer Konkurrenzveranstaltung „mobilisiert“, dem „Fest der Demokratie“, zu dem etwa 150 Menschen - hauptsächlich Funktionäre - gekommen waren. Die Reden der DGB-Führung hatten soviel mit Kampfswillen zu tun wie eine zahnlose Hauskatze mit einem Tiger.

Es wird damit gerechnet, da die NPD im Juli erneut nach Hamburg mobilisiert.

Durch die radikale Linke konnte die Nazi-Demo verhindert werden; ein gutes Beispiel für die Zukunft.

Es heißt also weiterhin wachsam sein, dem „staatlichen Antifaschismus“ mittrauen und den Faschisten keinen Fuß breit Straße zu lassen!

★

Dokumentation Rede von Ralph Giordano anlässlich der Demonstration gegen den Nazi- Aufmarsch in Köln am 22.5.1999

Wir weisen darauf hin, daß der Autor auch in wesentlichen Punkten nicht mit der Haltung der Internationalen Sozialisten übereinstimmt. Wir halten jedoch viele seiner Gedankengänge für so interessant, daß wir uns zu einem Abdruck seiner Rede entschlossen haben. An dieser Stelle möchten wir uns bei Ralph Giordano dafür bedanken, daß er uns sein Manuskript zur Verfügung gestellt hat.

Liebe Kölnerinnen und Kölner!

Antifaschistische Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wehrmacht und Krieg sind die letzten heiligen Kühe deutscher Verdrängungskünste - aber Köln stellt sich quer! Ein Bravo dem Polizeipräsidenten Jürgen Roter, der die beabsichtigte Nazidemonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ dahin verbannte, wo sie hingehört, ins Nirgendwo, und ein Pfui, Schmach und Schande über eine Justiz, die diese richtige Entscheidung aufgehoben hat. Keine demokratischen Freiheiten für die Feinde der Demokratie, kein öffentlicher Spielraum für hirnlose Springerstiefel-Trampler, unbelehrbare Kommi köppe oder gar das nationalkonservative Lodenmantelgeschwader! Keiner von ihnen hat sich je mit dem befasst, was sie da bestreiten, niemals haben die Dreggers, Schmückles und von Haases je Einblick genommen in das Meer von Dokumenten, die die Verbrechen der Wehrmacht unwiderlegbar bezeugen, sei es direkt, sei es durch logistische Hilfe der mobilen Todesschwadronen unter dem Dach der Mordzentrale Reichssicherheitshauptamt.

Aber auch, wenn die Wehrmacht kein einziges Verbrechen an Zivilisten jenseits von Kriegshandlungen begangen hätte - sie hat durch blo e Waffen-

einwirkung Europa in Trümmer gelegt und Millionen von Menschen Leben, Hab, Gut und Gesundheit geraubt. Sie war der Träger des NS-Hauptverbrechens **Krieg!** - eines verbrecherischen Angriffskrieges, der die Menschheit 50 Millionen Tote gekostet hat. Die Wehrmacht war das Schwert in den Händen der kriminellen NS-Reichsführung zur Realisierung ihrer globalen Eroberungs-, Unterdrückungs- und Ausrottungspläne. Die Wehrmacht hat das mörderische NS-System bis an die Wolga und den Atlantik, an den Polarkreis und die Sahara katapultiert, wobei der Radius des Vernichtungsapparates immer identisch war mit dem der deutschen Fronten. Erst ihre gewaltige Ausdehnung hat ihm das riesige Opferpotential zugetrieben.

Nein, nicht jeder Angehörige der Wehrmacht war auch im strafrechtlichen Sinne ein Verbrecher, wie die kritiklosen Nachbeter der Wehrmachtsgeschichte uns Kritikern immer wieder absichtsvoll andichten wollen. Wohl aber haben sie alle einer schlechten Sache gedient, waren sie alle des „Teufels Armee“. Es gab Hitler nicht zweimal - einmal als Bauherrn von Auschwitz und einmal als Schöpfer und Oberbefehlshaber der Wehrmacht: Er war beides in Personalunion.

Ehre und Ruhm dem Widerstand - exemplarisch aber war er nie. Wer fünfzig Jahre absoluter Informationsfreiheit nicht genutzt hat, seine historischen Defizite und NS-injizierten Freund- und Feindbilder zu korrigieren, sondern heute noch den gleichen Geschichts- und Wertvorstellungen anhängt wie damals, den darf man als Zeitgenossen getrost einer optischen Täuschung bezichtigen.

Der Kalender, liebe Kölnerinnen und Kölnern, zeigt den Wonnemonat Mai 1999 an. Aber ich gönnte all diesen jugendlichen Neonazis von heute, den NPDlern, den DVUlern und sogenannten „Republikanern“, die in Schlägerpose Nazilieder gröheln und sich zu Idolen bekennen, von denen ihnen jenseits des Geburts- und Todesdatums jede Kenntnis fehlt - ich gönnte ihnen allen die Bilder zur gleichen Zeit vor 44 Jahren. Eintragung in mein Tagebuch vom 18. Mai 1945, vierzehn Tage nach der Befreiung meiner Familie in Hamburg durch die 8. Britische Armee. Da steht:

»Oh wundersame Wandlung der Deutschen! Wie vom Erdboden verschwunden sind die einst unzähligen



Ralph Giordano

PGs; keiner will je Nazi, alle aber im Widerstand gewesen sein - und natürlich Juden versteckt haben... Soviel Juden hat es in Deutschland selbst zu ihrer Blütezeit vor 1933 niemals gegeben, wie da versteckt und gerettet sein sollten. Und welch ein Anblick erst, wenn Rechenschaft gefordert wird. Da steht der Führer gläubige von gestern dann, nun uniformlos, demütig geschrumpft auf einen Bruchteil seines gerade verblichenen Herrenmenschentums und in Würstchenpose, die politische Harmlosigkeit in Person, ein winziges Rädchen jenes Systems, das nun nicht mehr existierte und in seiner Erinnerung gänzlich ausgelöscht zu sein scheint - er jedenfalls könne zur Aufklärung nichts beitragen.«

Das war der Anblick, den die Mehrheit der gro elterlichen Generation jenes heutigen NS-Verschnitts damals geboten hat - schamlose Wendehälse und servile Anpasser, ein Massenmeineid ehemaliger Hitlervergötterer. Begleitet wurde das von den monotonen Beteuerungen „Wir haben doch von nichts gewu t“, und „Wir konnten doch nichts dagegen machen.“ Da darf doch wohl gefragt werden: Wogegen denn „was machen“? Gegen das, was man nicht gewu t haben will?

Diese damaligen Bilder exemplarischer Feigheit, Skrupellosigkeit, substanzloser Servilität und Verdrängungsfähigkeit ihrer „arischen Helden“, die gönnte ich den NPD-Marschierern des heutigen Tages!

Die defensive Haltung währte allerdings nur über die Phase eines kurzen Vergeltungschocks, der in dem Augenblick vorbei war, als das nationale Kollektiv der Hitleranhänger begriff, da ihre alttestamentarischen Racheängste ganz grundlos geträumt worden waren, und ihre Befürchtungen, als Besiegte so behandelt zu werden, wie sie als Sieger gehandelt hatten, nicht

eintrafen. Dann war es vorbei mit der Demut, schon im Herbst 1945, da wurden sie wieder frech, da zeigte sich unverblümt, da Hitler militärisch, nicht aber politisch geschlagen war, da fortlebte, was er in den Köpfen angerichtet hatte, und was, wie wir heute bestätigt bekommen, generationsübergreifend bis in unsere Gegenwart weiter wirkt.

Aber lassen Sie uns nicht vergessen: Noch gefährlicher, als die Gewalttäter an der Front des Ausländerhasses und des Antisemitismus sind die Drahtzieher im Hintergrund, die ideologischen Zulieferer und finanziellen Mäzene des Neonazismus, wie Gerhard Frey von der 'Nationalszeitung' und Gesinnungsgenossen; gefährlich aber auch eine Justiz, die traditionell auf einem Auge blind ist und immer wieder Feinde der Demokratie im Namen der Demokratie von Ordnungshütern beschützen lässt, die dann, verkehrte Welt, mit Knüppeln und Wasserwerfern auf antifaschistische Gegendemonstranten losgehen. Nicht zuletzt an solchem Rechtsformalismus ist die erste deutsche, die Weimarer Republik, zugrunde gegangen.

Die Lehre aus allem: Niemals wieder darf Leuten, die ständig das Wort Vaterland im Munde führen und doch nichts anderes sind als seine alten Verderber im Gewande neuer Generationen, niemals wieder darf ihnen eine zweite Chance gegeben werden, erst Leichengebirge aufzutürmen und sich danach als Opfer zu stilisieren.

Stellen wir deshalb dem gewöhnlichen Nazismus, der kultvoll gepflegten Geschichtsignoranz, der bekennenden Unbelehrbarkeit, stellen wir ihnen offensiv unsere bürgerliche, unsere zivile Courage entgegen, die wachsamen Humanität des Alltags. Und lassen Sie uns, wie heute, überall energische Widersacher sein, wo immer sich Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit mißtönend vernehmen lassen.

**Kölle stellt sich quer - Nie wieder Nazismus!
Nieder mit dem braunen Gelichter!
Wir sind die Stärkeren!**

Sudan

Abschiebung in die Hölle

Abgelehnte Asylbewerber werden laut Bundesregierung nur in solche Länder abgeschoben, wo ihnen keine Verfolgung droht und die bürgerlichen Rechte anerkannt werden. Darunter sind beispielsweise auch solche Mörder- und Folterstaaten wie Algerien, Nigeria, Togo und die Türkei.

Amir Ageeb, der bei seiner Abschiebung von deutschen Polizisten ermordet wurde, sollte in die Hölle abgeschoben werden: in den Sudan.

Der Sudan ist seit 1986 eine islamische Republik mit islamischer Rechtsprechung. Seit 1989 hat das Militär die Kontrolle im Land übernommen. Gleichzeitig wurde die Staatsverfassung außer Kraft gesetzt und alle Parteien außer der herrschenden Nationalen Islamischen Front verboten.

Das Land befindet sich seit

1983 im Bürgerkrieg und wird von Hunger und marodierenden Soldatenhorden zerrüttet. Der Hunger ist eine Waffe, die sowohl von der Regierung, als auch von den Aufständischen im Süden des Landes gezielt eingesetzt wird, um den Süden des Landes zu destabilisieren. Die Menschenrechtsorganisation Africa Rights spricht von „gezielter Zerstörung“. Rund 4 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes ständig auf der Flucht vor den Soldaten und dem Hunger.

Minderheiten, Mitglieder der politischen Opposition, Frauen und viele weitere Gruppen sind in ihren Rechten eingeschränkt bzw. werden verfolgt. Außerdem gibt es im Sudan einen regen Sklaven- und Kindersklavenhandel.

Im Sudan, einem der ärmsten Länder der Erde, kann sich niemand seines Lebens sicher sein. Eine Abschiebung in eine solche Hölle ist ein gezielter Mordversuch durch die rassistischen Behörden der BRD.



Abschiebung durch Flugpassagiere vereitelt

Prügel und Tritte für Abschiebepolizei

Es schien eine alltägliche Aufgabe für einige Schweizer Polizisten zu sein. Sie sollten die Abschiebung eines 23jährigen Kongolese aus der Schweiz "sichernd begleiten". Weil der Kongolese sich heftig gegen seine Abschiebung wehrte, mußte er gefesselt werden und wurde hinter einem Vorhang vor den anderen Passagieren verborgen.

Doch der Abgeschobene, dem im Kongo Folter und Tod drohen, machte durch Schreie auf sich aufmerksam. »Bei einer Zwischenlandung in Kamerun rissen rund 20 Passagiere den Vorhang weg, schlugen und traten auf die Schweizer Polizisten ein und befreiten den jungen Mann.« (Frankfurter Rundschau, 29.5.1999)

Er konnte daraufhin in die Schweiz zurückkehren und wurde nicht wieder in Abschiebehaf genommen, sie war nämlich abgelaufen.

Abschiebestopp sofort!

Aamir Mohammed Ageeb bei Abschiebung ermordet



„Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord“. Dieser Spruch bewahrheitet sich nicht nur für solche abgelehnten Asylbewerber, die in ihren Heimatländern gefoltert und ermordet werden, sondern trifft auch immer häufiger auf den barbarischen Akt der Abschiebung selbst zu.

Am 28.5.1999 sollte der 30jährige Aamir Omer Mohammed Ahmed mit einem Lufthansa-Airbus, bewacht von Bundesgrenzschutz-Beamten, in den Sudan abgeschoben werden. Das Land, aus dem er vor Jahren flüchtete. Er starb, weil er sich gegen seine Abschiebung heftig zur Wehr setzte und daraufhin von den BGS'lern an Händen und Füßen gefesselt wurde, einen Motorradhelm aufgesetzt bekam und ihm sein Kopf beim Start zwischen seine Knie gedrückt wurde. Kein Wunder, da er sich stark gewehrt hatte: er sollte schließlich zurück in die Hölle abgeschoben werden (siehe Kasten).

Der Tod von Mohammed Ageeb löste kaum Diskussionen aus und wurde auch in der Presse durch den Kosovo-Krieg und den EU Gipfel überlagert. Laut 'Die Welt' vom 31.5. nannte Bundesinnenminister Otto Schily den Tod »bedauerenswert«. Er hatte alle Abschiebungen per Flugzeug ausgesetzt,

bei denen mit Widerstand des Abgeschobenen gerechnet wird - aber nur, bis genügend Gras über die Sache gewachsen war. Den Stopp hob er Ende Juni wieder auf.

Nun soll eine von Schily in die Wege geleitete Untersuchung klären, ob die Beamten fahrlässig gehandelt oder vielleicht sogar bewußt verbotene Mittel wie Knebel eingesetzt haben. Eine genaue Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden. Die Wiener 'Presse' vom 31.5. geht davon aus., da »der Schutzflüchtling ... an einem Genickbruch gestorben sein [dürfte].«

Die Flüchtlingshilfe-Gruppe Pro Asyl spricht im Zusammenhang mit der Praxis, Abschiebeunwillige zu fesseln und ihnen einen Helm aufzusetzen von organisierter Unmenschlichkeit.

»Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann sagte, in einem Rechtsstaat dürfe es solche Todesfälle nicht geben - schon gar

nicht unter einer rot-grünen Regierung. 1998 trat der belgische Innenminister Louis Tobback zurück, nachdem Beamte eine schreiende Asylbewerberin mit einem Kissen erstickt hatten.« ('Süddeutsche Zeitung' vom 31.5.1999)

Aus Protest gegen Abschiebungen und den Tod von Ageeb befinden sich seit 4.6. Flüchtlinge aus Afrika, Asien und dem Mittleren Osten und Unterstützer im Hungerstreik, um gegen den Rassismus und Terror der Abschiebungen zu protestieren. Sie halten bis mindestens 20. Juni das Kölner Büro von Bündnis 90 / Die Grünen besetzt. Unter anderem fordern die Hungerstreikenden einen generellen Abschiebestopp.

**Sofortiger genereller
Abschiebestopp!**



Polizeiterrror gegen Asyl-Flüchtlinge

Angeborener Rassismus der Polizisten oder Ergebnis der Kapitallogik

★ NORBERT NELTE

Der polizeiliche Mord an dem Afrikaner Ageeb kann den aufmerksamen Beobachter der Asylpraxis nicht überraschen. Er ist schon das 5. Mordopfer in der Abschiebep Praxis in Deutschland. Ein Bericht von amnesty international stellt zwischen 1992 und 1995 70 Vorfälle fest, bei denen deutsche Polizeibeamte den Opfern die Zähne ausgeschlagen und die Knochen gebrochen haben. Die Ausländer warfen der Polizei vor, sie mit Fausthieben, Fußtritten oder Knüppelschlägen malträtiert zu haben. Teilweise kommen die Übergriffe der Folter gleich. Im Mai-Bericht werden verschiedene Einzelfälle, u.a. einer mit einem Rippenbruch dokumentiert. Ein anderer Bericht zeigt die Polizeibrutalität, der der Folter nahekommt:

»...und begann statt dessen auf Nguyen T. einzuschlagen. Als der Vietnameser zu Boden fiel, wurde er von den Beamten wiederholt mit Fußtritten traktiert ... Schließlich zerrte der Beamte sein Opfer in den Hinterhof eines Wohnhauses, um ihn dort wieder zu mißhandeln, ohne von den Nachbarwohnungen aus gesehen zu werden...

Nguyen T., dessen Hände auf dem Rücken mit Handschellen gefesselt wurden, mußte sich schließlich mit dem Gesicht nach unten auf den Rücksitz des Polizeiwagens legen. Zwei Beamte setzten sich auf seinen Rücken, so daß er kaum Luft holen konnte. Während der gesamten Fahrt zur nächsten Polizeistation soll einer der Polizisten ihm immer wieder Schläge versetzt haben.

Nguyen T. gab an, nach seiner Ankunft auf der Polizeiwache

erneut geschlagen worden zu sein. Einmal sei ihm dabei so schlecht geworden, daß er sich habe übergeben müssen...

Bei einer am Tage nach den mutmaßlichen Mißhandlungen durchgeführten medizinischen Untersuchung wurden am Körper des Vietnamesen zahlreiche Prellungen sowie eine Haarfraktur am linken Jochbein diagnostiziert. Diese Diagnose erhärtet den von Nguyen T. erhobenen Vorwurf, geschlagen worden zu sein. Während des Gesprächs mit amnesty international im August 1994 litt er noch immer an heftigen Kopfschmerzen, Sehstörungen und Schwindelanfällen...

Kein Ausländer hat je eine Entschädigung erhalten, kein Polizist wurde ins Gefängnis gesetzt, kaum gab es Disziplinarstrafen.

Diese Vorfälle fanden hauptsächlich in Berlin statt, aber die »bereinstimmung der Aussagen und die Regelmäßigkeit, mit der der Organisation Berichte über Mißhandlungen zugegangen sind, haben sie zu dem Schluß geführt,

da Fälle von Mißhandlungen durch die Polizei keine isolierten Einzelvorkommnisse darstellen.« (’Frankfurter Rundschau’ vom 20.6.1995)

Mai stellte im Dezember 1994 bei dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz den Antrag auf Veröffentlichung der Statistiken über Polizeiübergriffe und erhielt die lapidare Antwort, daß »weder bei den Innenministerien der Länder noch beim Bundesministerium des Innern berufsrechtliche Statistiken über Straf- und Ermittlungsverfahren geführt werden.«

Das Problem der Polizeiübergriffe wird nicht wahrgenommen. Der Mord an Ageeb zeigt, daß sich das Ignorieren auch bei den Rot/Grünen nicht geändert hat.

Im März 1995 veröffentlichten die ARD-Fernsehsendung ’Panorama’ und das Hamburger Stadtmagazin ’HH19’ eine Aussage eines Hamburger Polizisten, der seine Kollegen der Menschenrechtsverletzungen und Scheinhinrichtungen beschuldigt hat:

»Nachdem sie ihn festgenommen haben, fahren sie mit dem

**Von dem
Hamburger
Stadtmagazin
HH19
nachgestellte
Szene der
Scheinerschießung**



Afrikaner in den Hamburger Hafen. Dort mu der Schwarze sich nackt ausziehen und vor den Beamtern niederknien. Einer der Beamten z dkt seine Dienstpistole, h lt sie dem Opfer an den Kopf - und dr dkt ab ... Um den Knall zu erzeugen, hat er in die Elbe geschossen...«

»Ich h rte einen Schrei ... und bin zum Vorraum der Sammelzellen gegangen. Ich sah dort einen nackten Farbigen stehen, der vom Hals ber die Achseln bis zum Genitalbereich feucht gl nzte. Ich vernahm den Geruch des Fl chendesinfektionssprays Incidur [Zum Reinigen der Toiletten] ... Ein Beamter ... stellt die Dose oder Flasche auf den Tisch«

»Ich h rte jemanden schreien ... Unmittelbar darauf h rte ich ein Klatschen ... Fast Nasenspitze zu Nasenspitze stand ein Beamter vor einem Farbigen ... Er schrie ihm an: ‚Look in my eyes ... Als der Farbige ihn in die Augen starrte, schlug der Beamte ihm mit der rechten Hand blitzschnell gegen die linke Kopfseite ... Er hat ihn noch zweimal geschlagen.«

In Essen haben mehrere Polizeibeamte eine türkische Schülerin mit auf den Rücken gefesselten Händen in eine Urinlache legen lassen, um sie so auf ihren Abtransport warten zu lassen.

Im Land Brandenburg beobachtete die Polizei den Mord an einen Schwarzen, ohne einzugreifen. Überhaupt wird die Verfolgung von Nazis, die Ausländer angreifen, kaum angegangen.

Man kann also auf Grund dieser zufällig herausgegriffenen Berichte davon ausgehen, da diese vielleicht einen extremen, aber letztlich häufigen Polizeialltag widerspiegeln. Es ist aber auch nicht auf besonders brutale Ordnungshüter zurückzuführen, denen der Rassismus vielleicht noch angeboren wäre. Die Polizei führt nur das aus, was die Politik vorgibt. Hier fokussiert sich nur die Haltung der herrschenden Klasse.

Und das Interesse des Kapitals ist die Spaltung der arbeitenden Klasse in Frau und Mann, Alt und Jung und Deutsche und Ausländer. Der Rassismus im Polizeialltag ist nur eine Widerspiegelung des Rassismus, den die Politik vorgibt.

Das Kapital benötigt das Staatsbürgerschaftsrecht, um damit die Arbeiterströme zu lenken. Es kann die ausländischen Arbeiter je nach seinem Bedarf mal rufen und mal ausschließen oder abschieben. Eine Nationalität wurde daher auch erst im Kapitalismus geschaffen.

Auch der Rassismus ist nichts dem Menschen Angeborenes, sondern entstand ebenfalls mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Wurzeln der Ausländerfeindlichkeit liegen schon früher, weil mit ihr auch die Sklaverei des 17. und 18. Jahrhunderts legitimiert wurde, aber sie prägte noch nicht das gesamte soziale Leben.

Erst im Kapitalismus wird der Rassismus system-immanent. Erst werden die Ausländer benutzt als billige Arbeitskräfte und als Lohndrücker. Dann wird die Arbeiterklasse nach der Salamatik gespalten. Die gesamte Arbeitermasse mu den Rassismus verinnerlichen und wird entsprechend tagtäglich von Presse, Funk und Fernsehen agitiert.

Wenn das Kapital aufgrund einer Krise weniger Arbeiter benötigt, werden die deutschen Arbeiter von seiner Presse mit Ausländerhetze angestachelt, um die Ausländer auszugrenzen. Nun kann der Staat die Kollegen leicht wieder abschieben, und das Kapital spart somit an den Arbeitslosenkosten.

Dieser Zusammenhang ist keine wüst konstruierte Erfindung von uns Kommunisten, sondern wurde so auch offen vom Kapital selber zugegeben. 1895 schrieb ein Vertreter des Handelsministeriums:

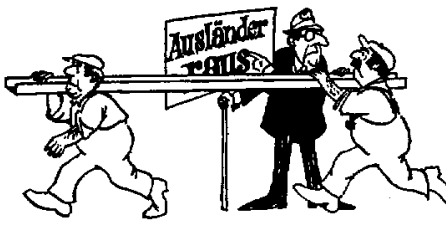
»die Industrie [verlange] bei dem Wechsel zwischen Hoch- und Tiefkonjunktur eine gewisse Ausdehnungsm glichkeit in bezug auf die Arbeiterzahl. Beschr nke man die Industrie auf inl ndische Arbeiter, so wrde bei einem R ckgang der Industrie eine gr ere Zahl von Arbeitern brotlos und vermehrten sie dadurch die unzufriedenen Elemente. Dagegen k nnte man ausl ndische Arbeiter in solchem Falle ohne weiteres absto en.«

Schnell wurden Ausländer auch als Billiglohnarbeiter entdeckt. August Freiherr von Waltershausen schreibt 1903:

»Die genannten Arbeiten ... werden daher in denjenigen Gebieten, wo



die Arbeiterschaft verweichlicht oder bequem geworden ist oder verm ge ihrer politischen Selbstherrlichkeit einen Anspruch auf leichtere Arbeit zu haben glaubt, gern abgelehnt, wenn sich nur irgendeine angenehmere T tigkeit finden l t. Auch hier sind die Italiener ein durchaus gesch tzter und gesuchter Zusatz zur Arbeiterschaft des Landes. Sind ... Vertreter einer Arbeiterschicht zweiten Grades - wie der Neger in den nordamerikanischen



Oststaaten, der Chinese in Kalifornien, der ostindische Kuli in Britisch-Westindien, der Japaner in Hawaii, der Polynesier in Australien.«

Aber man wollte natürlich nicht jeden Ausländer haben. Nicht Alte, Frauen, Kinder oder Kranke, sondern nur solche, die auch vom Kapital ausgebeutet werden können. Die faschistische Ausländerpolizeiverordnung (AVP) vom 22. August 1938, die noch heute in ihren Grundsätzen gilt, sieht vor, daß eine Aufenthaltsgenehmigung nur denjenigen Ausländern erteilt werden soll, die »nach ihrer Persönlichkeit und dem Zweck ihres Aufenthaltes im Reichsgebiet die Gewähr dafür bieten, daß sie der gewöhnlichen Gastfreundschaft würdig sind.«

Dieser Rassismus läuft heute genauso, aber viel versteckter. Die Bourgeoisie drückt ihn nicht mehr so deutlich aus, wie am Anfang des Jahrhunderts und bei den Nazis, erzielt aber die gleiche Wirkung:

Das Kapital hat freie Bahn, die Arbeiter aber sind nur Spielfiguren der Herrschenden und dürfen sich nur nach deren Willen bewegen.

Die Medien nennen bei Kriminellen immer die Nationalität, wenn der Täter ein Ausländer ist, wie „ein türkischer Bankräuber“. In der „freiwilligen“ Selbstkontrolle hatten sie zwar Anfang der 90er Jahre dieser Sitte abgeschworen, wenn die Staatsangehörigkeit für den Fakt nichts aussagt. Inzwischen haben sie das aber scheinbar wieder „vergessen“, und die Sitte wird fröhlich weiter praktiziert.

Der 'Industriekurier', das Sprachrohr des deutschen Großkapitals, umkleidet beispielsweise die rassistische „Zweckbestimmtheit“ der Ausländer so:

»Nachdem betrachtet, hat die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ... geholfen, die Verluste auszugleichen, die durch Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung aufgetreten sind. Ohne diesen Ausgleich hätte

der Lohnauftrieb noch unliebsamere Formen annehmen müssen.«

Die Ausländerpolizeibehörden forderten in ihrer Leitschnur die Zweckbestimmtheit schon wieder so deutlich wie im 3. Reich, drückten sie nur „taktvoller“ aus - die Leitschnur ist eben in der Öffentlichkeit nicht so bekannt:

»Bei längerer Krankheit kann die Aufenthaltserlaubnis versagt werden, weil der Zweck des Aufenthalts, nämlich die Arbeitnehmer-tätigkeit und damit die Hilfe für die deutsche Wirtschaft und Industrie nicht mehr vorliegt.«

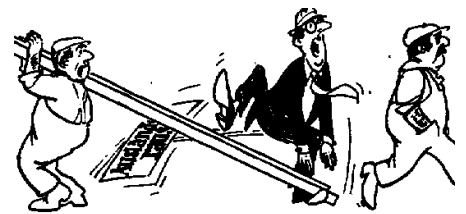
Ein Versagungsgrund für die Aufenthaltserlaubnis ist auch die Agitation in Betrieben, Universitäten oder auf verkehrsreichen Straßen - und wenn Ausländer keine „einwandfreie sittliche Haltung“ zeigen.

Gerichte haben auch schon die „wilde Ehe“ mit einer deutschen Frau, die lesbische Liebe, einen „unsteten Lebenswandel“ oder den Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung als Ausweisungsgrund angesehen. Dabei machen die Gerichte vor Minderjährigen nicht halt und trennen sie, wie im Fall Mehmet, von ihren Eltern.

Da die ausländischen Kollegen vom Kapital nur gesehen werden als Arbeitersatzarmee, als Spielball der Vorstandsstrategen, zeigt sich auch an der Tatsache, daß die befristete Aufenthaltsgenehmigung gekoppelt ist an die Arbeitserlaubnis.

„Erst Deutsche, dann Ausländer“ ist ein Prinzip, das schon in der Weimarer Republik mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eingeführt wurde und bis heute seine Gültigkeit bewahrt hat.

Der ausländische Mensch wird reduziert auf seine Arbeitswilligkeit, darüber hinaus hat er keine Bedürfnisse und Rechte zu haben. Wenn er nicht mehr arbeitet und sich nicht mehr ausbeuten läßt, muß er Deutschland wieder verlassen. Eine „Menschenwürde“ hat er nicht. Da ist es kein Wunder, daß die Polizei ihn nur so behandelt wie eine Sache, die man achtlos in den Mülleimer werfen kann. 1904 sprach die SPD offen von »minderwertige Elementen«, das scheint sich im Wesentlichen nicht geändert zu haben, wenn man die Ausländer- und Asylgesetze und die entsprechende Praxis betrachtet, die auch unter SPD-Regierungen gelten.



Und dann sprechen die bürgerlichen Parteien von „Integration“. **Arbeiten dürfen die ausländischen Kollegen, aber ihre Bedürfnisse dürfen sich nur nach der deutschen Beamtennorm entwickeln.** Und wenn sie aus der Reihe tanzen, dann ab in die Wüste. Was hat das mit Integration zu tun?

Das Ausländerrecht ist im Übrigen nur die Spitze eines Eisberges. Die Reduzierung der Würde des Ausländers auf seine „Arbeitnehmer-tätigkeit“ zeigt, daß der Mensch im allgemeinen, also auch der Inländer, im Kapitalismus auf seine Ausbeutungsfähigkeit reduziert wird.

Die Würde oder „Würdigkeit“ wird Ausländern noch zugestanden, obwohl ihr einziger Sinn die Lohnarbeit ist, also eine entfremdete Tätigkeit. Die Würde des Menschen ist, wie Marx sagt, »reduziert ist auf den Tauschwert seiner Arbeitskraft«, also bei den ausländischen Kollegen auf 17,62 DM Brutto.

Das zeigt, daß die Würde, der Lebenssinn der deutschen Arbeiter auch reduziert ist auf vielleicht 2,- Mark mehr, also auf 19,62 DM. Das zeigt auch, daß ein Volk, das anderen Menschen die Freiheit nimmt, selber nicht frei sein kann.

So hat man auch schon festgestellt, daß in den Gebieten, wo es eine besonders starke Ausländerunterdrückung gibt, der einheimische Arbeiter auch besonders stark ausgebeutet wird, er also kein objektives Interesse an der Unterdrückung seiner ausländischen Kollegen hat.

»Szymanski verglich die Situation der weißen und schwarzen Arbeiter in 50 Staaten der USA. Er fand zuerst heraus, daß je höher die Einkommen Schwarzer im Vergleich zu denen Weißer sind, desto höher die Einkommen der Weißen relativ zu denen anderen Weißen irgendwo sonst in den USA sind. Dieses Verhältnis - weiße Arbeiter waren umso besser gestellt, je geringer der Abstand zwischen ihrem Lohn und dem der

Schwarzen war - war ausgeprägter in den Staaten, in denen zumindest 12 Prozent der Bevölkerung aus der ‚Dritten Welt‘ kamen (d.h. Schwarze, Mexikaner, Asiaten und Indianer), ‚also die Staaten, in denen wirtschaftliche Diskriminierung von Dritte-Welt-Leute einen bedeutenden Einfluss auf die Einkommen der Weißen haben kann. Weiterhin fand Szymanski heraus, daß ‚je höher der Bevölkerungsanteil der Dritte-Welt-Leute eines Staates ist, desto größer die Ungleichheit zwischen Weißen ist. «

(A. Callinicos: „Rasse und Klasse“, IS-Broschüre, S. 23)

Durch die Ausländergesetze, die ständige Bedrohung der Abschiebung bei Arbeitslosigkeit, ist der Ausländer gezwungen, besonders schlecht bezahlte Arbeiten anzunehmen. Damit drückt er den Lohn und der heimische Kollege findet dann keine Arbeit mehr bzw. auch nur für einen Billiglohn. Er muß also daran interessiert sein, daß der ausländische Kollege auch wie er selber einen guten Lohn und volle Rechte erhält. Ein gemeinsamer Kampf für gleiche Rechte stärkt also beide Seiten.

Marx schreibt: »Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter hat den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life [Lebensstandard] herabdrückt.

Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst....

Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch ... alle den herrschenden Klassen zu Gebote stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen vollig bewußt.«

So ist die Ausländer- und Asylpolitik



eine brutale Politik von Ausgrenzung, „Schwarzem Peter“ und Verfolgung bis hin zum Mord.

Das 1913 in Deutschland geschaffene Staatsbürgerschaftsrecht, das auf der Blutsverwandtschaft fußt und noch bis 1999 galt, gleicht mehr einer Hunderasse, wie sogar der CDU-Vorständler Geißler meint. Aber Hunde haben oft noch mehr Rechte als die Ausländer.

In den 60er Jahren benötigte das deutsche Kapital wegen des Aufschwunges, den die Nachfrage des Koreakrieges geschaffen hat, mehr Hilfsarbeiter.

Aber auch sie mußten nach 2 Jahren gehen (Rotationsprinzip). Das ergab aber eine hohe Fluktuation, das komplizierte Anlernen lohnte sich nicht mehr. Ab 1971 erhielten die Kollegen eine Arbeitsbewilligung für 5 Jahre.

Heute benötigt das Kapital mehr Fach- als Hilfsarbeiter, aber dann müßte es die Ausländer mehr integrieren, ihnen mehr anbieten.

Daher kommen heute auch die Versuche, den ausländischen Arbeitern die Staatsbürgerschaft anzubieten, und die Überlegungen mit der doppelten Staatsbürgerschaft, weil ein deutscher Paar eigentlich nur unter dieser Bedingung angenommen werden wird.

Die Ausgrenzung der Ausländer scheint mit der Krise wieder zuzunehmen. Nach einer Umfrage der Berliner Ausländerbeauftragten betrachten die jungen Türken, von denen viele in Deutschland geboren wurden, 1993 zu 30% die Türkei als ihr Heimatland. 1999 stieg dieser Anteil wie-

der auf 50%.

27% der Frauen sind Analphabeten und viele, die nach der Schulpflicht hierher kamen, sprechen kaum deutsch. 51% von 1.000 befragten jungen Türken im Alter zwischen 16 und 25 Jahren suchen nach einer ‚Spiegel‘-Umfrage ihre Partnerin in der Türkei. Das führt wiederum dazu, daß die Kinder nach der anatolischen feudal-bäuerlichen Tradition erzogen werden.

Die wieder zunehmende Trennung der Nationalitäten zeigt, daß das Wort „Integration“ von den Herrschenden überhaupt nicht ernstgenommen werden kann. Auch das Multi-Kulti-Gerede eines Daniel Cohn-Bendit entpuppt sich ganz deutlich als ein »Produkt des Imperialismus«, wie wir schon 1994 in unserer ‚Linken Opposition‘ Nr. 9 dargestellt haben.

Im Gegenteil fliehen die ausländischen Kollegen zunehmend in ihre eigene kulturelle Wagenburg, und eine weitere Ab- und Ausgrenzung ist vorprogrammiert, obwohl sogar das Unternehmer-Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) festgestellt hat, daß die Anwesenheit von Ausländern »durchweg positive Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Staatshaushalt« hat. Ökonomisch macht die Anwesenheit der Ausländer als willige Billiglohnarbeiter im Sinne des Kapitals durchaus Sinn, politisch aber sind sie eine scheinbare Konkurrenz der Arbeiter und eignen sich als Sündenböcke.

Asylgesetze

In einer solchen sozialen Umgebung kann keine humane Asylpraxis durchgeführt werden. Eine ausländerfreundliche Polizei würde gegen das Interesse der Allgemeinheit agieren.

Gerade die Polizei, die aufgrund ihrer Berufsaufgabe - die Interessen des Kapitals zu wahren - besonders rechts ist, wird sich nicht anders verhalten als die Gesellschaft.

Das Asylgesetz wurde nach dem Krieg eingeführt, weil die Deutschen nach der Hitler-Diktatur selbst Verfolgung erfahren haben und nun eine Zufluchtsmöglichkeit anboten. Damals wurde noch nicht mit so viel Verfolgten gerechnet, und der Lebensstandard der BRD bot damals noch nicht soviel Anreiz, gerade hierher zu kommen.

Inzwischen aber bringen die von den Metropolen ausgebeutete Staaten jährlich weit mehr Verfolgte hervor, als die Bundesrepublik Einwohner hat.

1985 wurde daher das Asylgesetz eingeschränkt, indem man die Bürgerkriegsflüchtlinge ausgegrenzt hat. Schon von Anfang an wurden die Flüchtlinge künstlich geteilt in „politische“ und „wirtschaftliche“, wobei man nur die „politischen“ zuließ.

Diese Einteilung ist unsinnig, weil ja die wirtschaftliche Not ein Ergebnis von politischer Unterdrückung des internationalen Kapitals ist und auch umgekehrt, eine unterentwickelte Wirtschaft eine diktatorische Politik hervorbringt.

1992 gab es noch einmal eine Verschärfung des Asylrechtes, was faktisch einer Abschaffung gleichkam. Seitdem ist es im wesentlichen kein einklagbares Recht mehr.

Die Staaten um Deutschland herum wurden zu sicheren Drittstaaten erklärt, von denen man nicht einreisen darf. Der Verfolgte darf als Asylflüchtling nur noch über den Frankfurter Flughafen einreisen, was auch nur die einigermaßen privilegierten Flüchtlinge können. Hier wird er erst einmal für 2 Wochen festgehalten.

Aufgrund dieser Veränderung ging der Flüchtlingsstrom rapide zurück. 1992 noch gab es 593.000 Zuwanderungen. 1997 waren die Abwanderungen schon um 22.000 Menschen höher als die Zuwanderungen.

Trotzdem tönt Innenminister Schily: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist

überschritten.« Er bekam natürlich Rückendeckung von dem Vorsitzenden der Reps: »Schily hat nur ausgesprochen, was jeder vernünftige Mensch in Deutschland seit 20 Jahren weiß.«

Die Saat, die die Politiker des Kapitals verteilen, zeitigt ihre Ergebnisse. 62% der Ostdeutschen und 54% der Westdeutschen meinen, daß die Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen und eine Gefahr für den "Standort Deutschland" seien.

Solange es Kapitalismus gibt, kann dieses Vorurteil nicht aus der Welt geräumt werden. Das Kapital braucht eine Erklärung für seine 5 Millionen Arbeitslosen und lenkt die Wut der Arbeitslosen daher gegen die Ausländer und besonders die Asylflüchtlinge.

Die Ausländer sind doch selber Konsumenten und vergrößern gleichzeitig den Binnenmarkt. Die Produkte können durch die Ausländer billiger werden. Es gibt mehr Deutsche im Ausland als Ausländer in Deutschland.

Die ausländischen Kollegen zahlen auch in die Rentenversicherung ein, zahlen Steuern und Krankenversicherung. Wo sollen sie den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen und ihnen auf der Tasche liegen?

Im Jahre 2050 wird es nur noch 40.000.000 Deutsche geben. Vielleicht ist das die Angst von Herrn Schily. Aber was ist deutsch? Jedenfalls kenne ich Ausländer, die Goethe besser kennen als manche Politiker, ganz zu schweigen von manchen Abgeordneten der DVU in Mecklenburg-Vorpommern.

Aber die Politiker brauchen halt ihren Sündenbock. Und die Flüchtlinge lasten der Regierung auf ihrem Etat. Die Einnahmen aus den Arbeiterflüchtlingen sind ja ganz nett, aber die Ausgaben müssen nicht sein.

Immer mehr Länder in der Welt brechen auf Grund der internationalen Konkurrenz zusammen. Das Ergebnis ist die Barbarei von Folter und Tod. Immer mehr Menschen drängen in die Zentren des Imperialismus.

Innerhalb des Kapitalismus ist das Flüchtlingsproblem nicht mehr zu regeln. Deshalb will man in Deutschland auch nicht mehr von einem Recht auf Asyl ausgehen, sondern nur noch von einer „Gnade“.

Der gnädige Cohn-Bendit meint dann auch, daß Asyl keine Frage von Rechtsvorschriften ist, sondern »eine Art gesellschaftlicher Gnade.... Ein Haus

hat Türen, die man öffnen und schließen kann und eine Gesellschaft hat das Recht, die Bedingungen zu formulieren, wann die Türen geöffnet werden sollen.« Also - Tür zu.

Obwohl offensichtlich keiner aus Jux und Dollerei die Strapazen der Flucht aus seiner Heimat auf sich nimmt, beträgt die Anerkennungsquote der Asylbewerber nur 4,9%.

Sie werden in der Heimat mit Folter und Tod bedroht, glauben hier einen Schutz zu finden, müssen 2 Jahre isoliert vegetieren und durch die Mühlen der Bürokratie und der Justiz laufen, und zum Schluß werden sie in den Tod abgeschoben oder gleich umgebracht.

Dabei ist in Deutschland das Asylgesetz wegen seiner Vergangenheit noch im Verhältnis zu den anderen europäischen Ländern relativ human. In Deutschland lebt die Hälfte aller Asylbewerber von Europa.

Deshalb soll das Asylgesetz im Sinne des Kapitals noch weiter verschärft werden. Die Sozialhilfe wurde schon weitgehend von Bargeld auf Gutscheine umgestellt.

Für die Zukunft wird an eine „Bedarfsorientiertheit“ für die Unternehmer gedacht. Man denkt an Höchstgrenzen nach Berufen, dem Alter und der Berufserfahrung.

Im Amsterdamer Abkommen, dem Nachfolger von Maastricht, wird eine europaweite Regelung gefordert.

Vorbild für die deutsche Flüchtlingspolitik ist die US-amerikanische „Green-Card“-Lotterie. Wenn's aufwärts geht, dann dürfen gnädig ein paar rein, wenns abwärts geht, dann bitte draußen bleiben - und abwärts wird's jetzt fast nur noch gehen.

Die Broschüre "Rasse und Klasse" von Alex Callinicos kann unter der Redaktionsadresse für DM 3,- zzgl. Portokosten bestellt werden.



SPD '99:

Abschied von der sozialen Marktwirtschaft

★ RUTH KRÜGER

Die beiden großen Modernisierer der Sozialdemokratie - Tony Blair und Gerhard Schröder - kamen kürzlich mit einem programmatischen Papier heraus. Sie bezeichneten es als »Weg nach vorn für die europäische Sozialdemokratie«. Für die Sozialdemokratie mag das vielleicht sogar zutreffen, für die Arbeiter beschreibt dieses Papier - wenn auch in hübsch klingenden Worten - nur den Weg zurück zum Manchester-Kapitalismus.

1959 wurde die SPD auf ihrem Godesberger Parteitag von der bürgerlichen Arbeiterpartei zur Volkspartei. 1999 mutiert sie von der Volks- zur Unternehmerpartei. Mit klaren Worten bestreitet sie, das zu tun, was sie momentan macht: »Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, nicht abschaffen.« Und trotzdem will sie - im Angesicht immer höher steigender Arbeitslosenzahlen - soziale Leistungen beschneiden. Im Klartext heißt das: Die Unternehmer entlassen die Arbeiter, und

die SPD sorgt dafür, daß das Arbeitslosengeld immer näher an die Armutsgrenze rückt. Damit lassen sich die Kollegen von ihren Bossen natürlich viel leichter erpressen, unter Bedingungen zu arbeiten, die sie vorher niemals akzeptiert hätten.

Der »Weg nach vorn« ist also nichts weiter als der Weg der BRD ins Billiglohnland. Gerhard Schröder will nichts anderes, als seine Partei darauf zu trimmen, die CDU rechts zu überholen. Das neue Programm der europäischen Sozialdemokratie ist wirklich nur für Sozialdemokraten neu - für Neo-Liberale ist die Forderung nach Abschaffung der »sozialen« Marktwirtschaft ein alter Hut.

Man mag vielleicht sagen, die internationale Konkurrenz lasse der SPD keine andere Wahl, als reaktionäre Politik zu machen. Aber das ist nicht wahr.

Wenn man, wie die Liberalen, Freiheit für die Marktgesetze fordert, fordert man damit gleichzeitig die Unfreiheit der Arbeiter, die sich diesen scheinbar blind



waltenden Kräften widerspruchslos fügen sollen. Man kann aber auch für die Freiheit der Arbeiter eintreten, damit die Marktkräfte aushebeln und nicht mehr Angebot und Nachfrage über Wirtschaft und Sozialordnung entscheiden lassen, sondern menschliche Bedürfnisse.

Die Nationen müssen nicht weltweit darum konkurrieren, wer seinen Arbeitern weniger Lohn bezahlen muß. Die SPD könnte sich auch auf die Arbeiterbasis in ihren Betriebsgruppen stützen und gemeinsame Front gegen das Kapital machen. Würde es den Arbeitern gelingen, sich bessere Bedingungen zu erkämpfen, würden sie ihren Kollegen anderer Länder als leuchtendes Beispiel dienen können.

Aber eine Partei, die sich, wie die SPD, nur aufs Parlament stützt, kann nichts anderes tun, als die kapitalistische Ausbeutung immer wieder neu zu organisieren. Ihr Weg von der Arbeiterpartei zur offenen Partei der Kapitalisten war schon abzusehen, als sie sich für den Weg des Reformismus entschieden hat.

Auszüge aus dem gemeinsamen Papier des britischen Premiers Tony Blair und des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder

- Das Verständnis dessen, was »links« ist, darf nicht ideologisch einengen.
- Die notwendige Kürzung der staatlichen Ausgaben erfordert eine radikale Modernisierung des öffentlichen Sektors und eine Leistungssteigerung und Strukturreform der öffentlichen Verwaltung.
- Moderne Sozialdemokraten lösen Probleme, wo sie sich am besten lösen lassen.
- Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laissez-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des »deficit spending« und massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten.
- Um der Herausforderung begegnen zu können, müssen die europäischen Sozialdemokraten gemeinsam eine neue, angebotsorientierte Agenda für die Linke formulieren und umsetzen.
- Wir sollten es Kleinunternehmen im besonderen erleichtern, neues Personal einzustellen: Dies bedeutet, die Regulierungslast zu verringern und die Lohnnebenkosten zu senken.
- Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortlichkeit umwandeln.

Bundesrepublik Deutschland Ein Grund zum Feiern?

★ KARSTEN SCHMITZ

Der Staat ist das Herrschaftsinstrument der jeweils herrschenden Klasse in der Gesellschaft. Er bietet die Gefängnisse, die Gerichte und die bewaffnete Gewalt auf. Und bestimmt wird niemand ernsthaft bestreiten wollen, da die BRD kein Arbeiterstaat ist. Wenn aber die BRD das Herrschaftsinstrument des deutschen Kapitals über die Arbeiter ist, dann gibt es für Sozialisten herzlich wenig Gründe, sich über das 50jährige Jubiläum der Bundesrepublik zu freuen. Im Gegenteil, ein paar Jahrzehnte weniger hätten's auch getan.

Allerdings können wir den 50. Jahrestag unserer Feinde zum Anla

nehmen, uns den Staat, in dem wir leben, etwas genauer anzusehen, anstatt den zu erwartenden huldvollen Festtagsreden ohnmächtig gegenüberzustehen.

Geburtswehen der Bundesrepublik

Die Bildung eines Staates mit dem Namen BRD wurde mit den „Londoner Empfehlungen“ der westlichen Besatzungsmächte vom Juni 1948 eingeleitet, mit der Annahme des Grundgesetzes vom Mai 1949 vorbereitet und mit den Bundestagswahlen im August und der Regierungsbildung im September 1949 abgeschlossen.

Dieser Staat wurde unter den Augen von vier Militärbefehlshabern gegründet und war vom Wohl und Wehe der US-amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungsmächte abhängig, deren Zwist dann später zur Gründung zweier deutscher Staaten geführt hat. Drei dieser Besatzungsmächte waren privat-, eine staatskapitalistisch organisiert; so konnte auch bei der BRD nur ein kapitalistischer Staat herauskommen.

In den Städten - und dort besonders in den Fabriken - waren von den Arbeitern noch vor dem endgültigen Ende des Zweiten Weltkrieges antifaschistische Initiativen und Komitees gegründet worden, um die Produktion und die grundlegenden Funktionen der Gesellschaft aufrecht erhalten zu können, nachdem ihre Bosse und die Nazi-Funktionäre vor den anrückenden Truppen der Alliierten geflohen waren.

Nachdem die Alliierten für kurze Zeit eine eigene Entnazifizierung durchgeführt haben, in der nur den allerprominentesten Nazis der Proze gemacht wurde, setzten sie aber lieber wieder die alten Nazis als hohe Beamte in der Verwaltung, als Richter usw. ein, als den antifaschistischen Komitees den Weg für eine Basisdemokratie von unten freizumachen. Die Antifas wurden gnadenlos - und auch unter Waffengewalt - zerschlagen; von den britischen, französischen und US-amerikanischen Militärs genauso wie von den sowjetischen, die sich nicht zu Schade waren, sogar deutsche Stalinisten für ihre Mitwirkung in den

Gruppen in Nacht-&-Nebel-Aktionen in Haft zu nehmen und teilweise für immer verschwinden zu lassen. Die Weichen waren also schon vor der Gründung der BRD gestellt.

Eine fest verankerte Demokratie?

Wenn man schon die Frage stellt, wie sich denn eine Demokratie aus einer Besatzungsdiktatur entwickelt haben sollte, wird einem schnell entgegengehalten, da es das politische System der BRD war, das unter den alliierten imperialistischen Mächten errichtet wurde, das sich fest verankert habe in der Bevölkerung. Oft wird sogar behauptet, die BRD biete einem neuen Faschismus keine Möglichkeit mehr, sein Haupt zu erheben. Die Begründung lautet meistens, in ihrem parlamentarischen System hätten sich einige wenige Parteien etabliert, weshalb die Parteienlandschaft nicht so zerrissen sei, wie in der Weimarer Republik.

Rechnet man aber die CDU, die CSU, die SPD, die FDP, die Grünen und die PDS als fest etablierte Parteien ein, kommt man schon auf sechs; ständig drohen Nazi-Parteien die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, kommen auf Landesebene sogar schon auf deutlich über 10%, womit wir schon bei sieben Parteien wären. Die Entfernung zu Weimar mit seinen 12 Parteien wird also immer geringer. Als gesellschaftliche Pole scheinen CDU/CSU und SPD also immer mehr an Attraktivität einzubüßen.

Desweiteren ignoriert ein solches „Gegenargument“ natürlich die Tatsache, da die Nazis sich in allererster Linie als Bewegung auf der Straße aufbauen, weil sie sogar die parlamentarische Form der Demokratie zerschlagen wollen - wenigstens in Ostdeutschland scheint diese Taktik halbwegs aufzugehen, da dort die Enttäuschung über die gebrochenen Wahlversprechen besonders groß ist und es keine greifbare Alternative für die Menschen dort gibt. Das Argument, in der BRD könne kein neuer Faschismus entstehen, ist leider keine Behauptung, die den Tatsachen entspricht.

Wie aber sieht es mit der Demokratie selbst und ihren Institutionen aus?

Die Wahlen

Unzählige Generationen herrschender Klassen haben sich mit demokratischen Strukturen überhaupt erst schwer getan. Die bürgerliche Demokratie hat sich ja auch die Aufgabe stellen müssen, Strukturen

zu schaffen, mit denen sie die Mehrheit der vom System Benachteiligten und Ausgebeuteten davon abhalten kann zu entscheiden, einfach das System zu verändern oder zu wechseln. Von der Sklavenhalter-Gesellschaft des alten Griechenlands bis hin zum preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht hat sie meistens einfach auf timokratische Ordnungen gesetzt, d.h., die Stimmen der Reichen zählten mehr als die der Armen.

Erst in unseren modernen Zeiten hat sich innerhalb der herrschenden Klasse die Erkenntnis durchgesetzt, daß es völlig ausreicht, die Menschen nicht mehr entscheiden, sondern wählen zu lassen. Seit Anbeginn der BRD kehren nun die Stimmbürger alle vier Jahre sonntags in einer Schule bei sich um die Ecke ein, um einen Wahlzettel in eine Urne zu werfen. Nicht zufällig erinnert dieser Akt mehr an ein Ritual als an eine bewußte politische Tat. Mit diesem Akt nimmt der Wähler keine politischen Rechte wahr, er tritt sie ab an bezahlte (und bestochene) „Volksvertreter“, die - grundgesetzlich abgesichert - nicht an seine Aufträge oder ihre Versprechen gebunden sind, sondern einzig und allein an ihr „Gewissen“, das juristisch nicht faßbar ist, weshalb jeder Abgeordnete auch nahezu das tun und lassen kann, was er will. Gegen den Wählerwillen darf er also jederzeit verstößen, nur nicht gegen die Gesetze, die im Sinne des Kapitals funktionieren.

Rein theoretisch wäre es natürlich möglich, daß eine Regierung Politik für die Arbeiter und gegen das Kapital macht, aber praktisch nicht. Würde sie es tun, könnte der Kapitalist mit seinem Betrieb einfach in ein anderes Land umziehen - die Politiker sind somit immer erpressbar. Aber dieses letzte Mittel braucht der Unternehmer nur selten anzuwenden, schließlich bekommen sogenannte Volksvertreter soviel Geld für die Ausübung ihres Berufes, daß sie selber schon Kapitalisten sind und damit auch meist direkt das Interesse des Kapitals vertreten. Ansonsten kann man Politiker auch leicht von Seite der Medien unter Druck setzen, die ja auch Kapitalisten gehören.

Politisch bedeutet Demokratie gar nichts, wenn sie nicht auch in den Grundlagen der Gesellschaft - d.h. in der ökonomischen Basis - existiert. Wenn die Gesellschaft - und mit ihr ihre Fabriken, Produktionsanlagen, Wohnungen usw. - nicht auch wirklich

der Gesellschaft gehört oder von ihr kontrolliert wird, sondern einzelne Individuen das Sagen haben, kann die Demokratie immer nur eine Scheindemokratie sein.

Und sollten die Arbeiter sich eines Tages entscheiden, sich nicht mehr an diese scheinbar demokratischen Regeln zu halten, halten sich Kapitalisten immer noch ein paar Generäle, die sie für einen Putsch bezahlen, oder kleine faschistische Bewegungen in Reserve, in die sie schnell mehr Geld pumpen können, um sie hochzubringen. Da viele Industrielle in der BRD kleine Naziparteien finanzieren, ist längst schon kein Geheimnis mehr.

Das Grundgesetz

Bei einzelnen Entscheidungen oder Gesetzesentwürfen kann man sich auch an das Bundesverfassungsgesetz wenden, an eine Institution, die nicht von den Wählern gewählt worden ist, aber trotzdem die Macht hat, Entscheidungen von Politikern auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen. Dies kann sie unter dem Vorwand tun, das Grundgesetz zu verteidigen.

Und auch mit dem Grundgesetz bzw. mit der Verfassung hat es wieder seine eigene Bewandnis. Das Grundgesetz der BRD stellt etwas einzigartiges dar. Während die Verfassungen anderer Länder allenfalls Absichtserklärungen sind, bilden die Artikel des Grundgesetzes einklagbare Rechte - soviel zur Verfassungstheorie. In der Praxis hat dieser Unterschied allerdings keine Bedeutung. So hatte z.B. 1973 Rita Maiburg unter Berufung auf den Artikel 3.3 über die Gleichstellung von Mann und Frau die Luftwaffe verklagt. Die wollte sie nicht in die Ausbildung als Pilotin lassen, weil zu diesem Zeitpunkt und für diesen Beruf grundsätzlich nur Männer eingestellt wurden. Trotzdem hat das Bundesverfassungsgericht die Klage einfach abgewiesen. Erst seit 1986 dürfen Frauen überhaupt erst bei der LH zur Pilotin ausgebildet werden.

Auch in vielen anderen Fällen wurden keine Verstöße gegen das Grundgesetz geahndet, weil Individuen ihre Rechte eingeklagt haben, sondern weil die Interpretation der Verfassung sich irgendwie geändert hat. Wenn wirtschaftliche Erfordernisse es notwendig machten, einen Artikel des Grundgesetzes ernstzunehmen oder die ökonomische Lage es gestattete, dann ließen sich sogar Verfassungsrichter dazu bewegen, „Recht“ zu

sprechen, nicht aber, weil bestehendes Recht verwirklicht werden sollte. So hat die gesellschaftliche Wirklichkeit - wie verfassungsfeindlich sie auch sein mochte - die Rechtsprechung beeinflusst; die Rechtsprechung konnte sich aber in der Realität nur dann durchsetzen, wenn sie auch im Interesse des Kapitals lag.

Das ist auch der Grund dafür, warum die meisten Verfassungstheoretiker die in den letzten Jahren viel diskutierte Verankerung eines „Rechtes auf Arbeit“ im Grundgesetz für überflüssig halten; ihre Begründung lautet, daß das gar nicht durchsetzbar ist, weil man es nicht einklagbar machen könne. Rein rechtlich würde das wohl gehen, Juristen und Politiker scheuen jedoch davor zurück, die Allgewalt der Unternehmer zu beschneiden, die „ihre“ Arbeiter heuern und feuern können wollen, wie es ihnen beliebt. Und das, obwohl es sogar schon einen Artikel im Grundgesetz gibt, nach dem Eigentum zum »Wohle der Allgemeinheit« dienen soll - »Eigentum verpflichtet« (Art. 14.2).

Aber dieser Artikel ist immer mithilfe eines anderen ausgehebelt worden, der besagt, Privateigentum müsse geschützt werden (Art. 14.1). Ein Kapitalist kann in seinem Betrieb schalten und walten, wie er will. Die deutschen Firmen, die Maschinen und sogar Fabriken für atomare und genetische Waffen in alle Welt liefern, dürften wohl kaum dem Allgemeinwohl dienen. Auch einem Herrn Birkenstock (dem Schuhfabrikanten) ist nicht der Prozeß gemacht worden, als er diejenigen seiner Arbeiter, die nicht aus der Gewerkschaft austreten wollten, die Arbeitszeit über in eine spezielle Werkshalle sperren und vom Wachdienst drangsalieren ließ.

Mit anderen Worten: Die Kapitalisten können das Grundgesetz nutzen und ausbeuten, wie sie wollen - uns Arbeitern bringt es nicht allzu viel.

Die Demokratie

Wenn trotzdem vom Erfolg der bürgerlichen - die Bürgerlichen selber sprechen dann von der repräsentativen oder der parlamentarischen - Demokratie die Rede ist, dann meinen die Politologen oder Verfassungsrechtler damit, daß das politische System der BRD in der Lage war, die Menschen zu integrieren. Aber wenn die Menschen kaum etwas mitbestimmen dürfen, wie es in der BRD der Fall ist, dann kann das nichts anderes heißen, als daß sie sich mit politischen

Kosovo und die neue Weltordnung

★ WERNER KLEIN

Mit dem Sieg der Nato über Serbien werden auch die Arbeiter ihre Illusion über eine heile Weltordnung verlieren.

Scheinbar ist alles so gelaufen, wie die Oberstrategen der westlichen Welt sich das vorgestellt haben. Die Bomben haben Milosevic in die Knie gezwungen. Mit der Zerstörung Serbiens ist Ru land immer mehr von Milosevic abgerückt. Zum Schluß mußten die serbischen Generäle das Kosovo räumen, und die Nato-Soldaten konnten ohne einen Toten dort einmarschieren und den Vertriebenen wieder ihre Heimat zurückgeben.

Jetzt aber kommt langsam das böse Erwachen. Die Kosovaren kommen zurück in ihre Dörfer, stellen fest, daß ihre Häuser abgebrannt und ihre Männer umgebracht worden sind, jeden Tag entdecken sie Massengräber, und rächen sich ihrerseits an den Serben, indem sie sie ebenfalls töten, verjagen oder ihre Häuser abbrennen.

Der Krieg zwischen den Serben und den Albanern, den Milosevic zum eigenen Machterhalt entfacht hatte, ist nicht mit dem Sieg der Nato zu Ende.

Solange Ru land und der Westen um den Markt Kosovo und das militärstrategische Aufmarschgebiet in der Nähe des Schittpunktes von Afrika, Asien und Europa konkurrieren, und das wird noch während der gesamten imperialistischen Epoche geschehen, solange werden auch die Menschen sich dort in Konkurrenz verhalten.

Während der Verfolgung durch Milosevic in den letzten 10 Jahren wuchs zurecht die Hoffnung der Albaner auf ein unabhängiges Kosovo. Nun sehen sie sich in der Nähe ihrer Wünsche. Die UCK will das zukünftige Militär dieses Staates bilden und sieht deshalb überhaupt nicht ein, die Waffen abzugeben.

Die Nato will aber die UCK'ler zur Not mit Gewalt entwaffnen. Sie würde auch vor einem Krieg mit ihr nicht zurückweichen. Sie versucht, Ru land in den Überwachungsprozeß mit einzubinden. Nur so konnte sie ohne einen Toten den neuen Markt gewinnen.

Dazu ist es aber notwendig, daß vom Westen die Zugehörigkeit des Kosovo zu Serbien nicht in Frage gestellt wird. Aber

genau das wird von allen Kosovaren natürlich in Frage gestellt.

Außerdem will der Westen kein selbständiges Kosovo, weil es sich mit Albanien zu einem Großalbanien zusammenschließen könnte, woraufhin auch die mazedonischen Albaner mitmachen könnten und Mazedonien sich auflösen würde. Das ganze „Gleichgewicht“ in der Region (das sowieso nicht mehr da ist) wäre dann dahin, glaubt das Kapital.

Die Nato-Soldaten haben es nicht nur mit der „renitenten“ UCK zu tun, auch die gesamte Bevölkerung wird sich gegen sie wenden, wenn ihre Forderungen nach einem unabhängigen Kosovo lauter werden.

Die Bevölkerung richtet sich hier und da langsam eine Selbstverwaltung ein, eine gewählte Stadtverwaltung, eine Gerichtsbarkeit oder eine Miliz. Die UNO und Nato aber sehen darin nur eine Gefahr und wollen eine Verwaltung, die nur unter ihrer Kontrolle gewählt wird, die dem Kapitalmarkt und den Imperialisteninteressen mehr dient als der Bevölkerung.

Die Nato hat schon alle Hände voll zu tun, um die verbliebenen Serben zu schützen. Die sind natürlich aus Angst vor der Rache der Albaner nach Serbien geflüchtet. Aber Milosevic schickte sie zurück in das feindliche Umfeld, um dort die „serbische Identität“ zu erhalten. Zynisch setzt er auch seine Landsleute als Bauernopfer ein. 50 Serben sind schon am 24. Juni umgeracht worden.

In Serbien selbst ist die Wirtschaft zusammengebrochen, kaum einer hat noch Arbeit, Wasser, Strom, Heizung. Das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen, die Brücken und Fabriken sind kaputt. Die Opposition gegen Milosevic äußert sich immer lauter. Sogar der Oberpope hat an seiner Stelle eine international anerkanntere Person gefordert.

In Bosnien ist man dem Frieden trotz der Präsenz der Isfor-Soldaten keineswegs näher gerückt. Auf dem Balkan herrscht nur Chaos. Daran wird auch die Anwesenheit der 50.000 geplanten KFOR-Soldaten und der 3.000 UNO-Polizisten im Kosovo nichts ändern.

Die Nato-Strategen rechnen deshalb auch schon damit, mindestens 30 Jahre dort zu bleiben. Die Kosten für den Wiederaufbau werden mit bis zu 190 Milliarden \$ berechnet.

Das ist die neue Weltordnung, die die „freie“ Welt nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Länder erwarten darf. Erst wird alles in Schutt und Asche zusammengebombt und dann mit einer Masse Soldaten ein Relikt von Ordnung aufrechterhalten. Von einem normalen Wirtschaftsleben kann bei den Verhältnissen gar nicht die Rede sein. Da ändert auch eine kleine Mini-Fabrik von VW in Sarajevo nichts daran.

Das, was sich das westliche Kapital von dem Krieg erhofft hatte, nämlich Märkte für Waffen, Öl, Hoch- und Tiefbau und andere Waren, ist so im wesentlichen nicht zu erreichen.

Und diese Perversion, die nur mit unendlich viel Blut der Völker zu erreichen ist, kennzeichnet die Zukunft des Kapitalismus. Um überhaupt noch eine Weltordnung aufrechtzuerhalten, stehen überall Soldaten. Eine blühende Produktion ist so nicht mehr möglich. Die fremden Soldaten werden eher rücklings ermordet. Eine Eskalation von Meuchelmord und Verfolgung ist vorprogrammiert. Mad Max läßt grüßen.

5 Milliarden wurden schon in Bosnien investiert. Die Arbeiter in Europa mußten das bezahlen. 190 Milliarden sind schon für den Kosovo und für Rest-Jugoslawien geplant. Die Arbeiter müssen bezahlen und ihre Söhne für die neue Weltunordnung in den Tod schicken.

Der Kriegsminister Rudolf Scharping sieht schon mit dem Kontingent in Bosnien und Kosovo die Grenze für die Bundeswehr erreicht. Bei dem nächsten „Friedens“einsatz müßte also für weitere Soldaten wieder die Arbeitslosenhilfe oder die Rente weiter gekürzt werden.

Die Arbeiter in Jugoslawien werden von Milosevic in die Hölle des Kosovo getrieben und die anderen frieren in Belgrad ohne Strom und Wasser. In Somalia haben die USA und die anderen Imperialisten ihre Intervention schon aufgegeben, weil dort keine normale staatliche Organisation jedweder Form mehr möglich ist. Rohstoffe lassen sich dort für das internationale Kapital nicht mehr gewinnbringend ausbeuten. Für einen lukrativen Warenmarkt bietet sich Somalia auch nicht mehr an.

Genau so sieht es in irakisch Kurdistan aus. Eine normale Ausbeutungsproduktion ist dort für das internationale Kapital

nicht mehr möglich. Immer mehr Gebiete in der Welt entziehen sich der Akkumulation.

Das Kapital kann dem freien Fall der Profitrate neben den entgegenwirkenden Faktoren nur die Expansion der Märkte entgegensetzen. Die entgegenwirkenden Ursachen verlieren langsam ihre Kraft. Beispielsweise sind durch das „Just in Time“-System die Lagerhaltungskosten auf Null gesunken - weiter lassen sie sich nicht mehr senken.

Das letzte Mittel zur Abbremsung des Falls der Profitrate sind Produktionsausweitung und neue Absatzmärkte. Nur eine Ausweitung in dem Maße der Produktivitätssteigerung mal dem Kapitalerhöhungsfaktor könnte den Fall aufheben. Also: Expansion um der Produktion willen.

Da bricht der Ostblock zusammen, und es bieten sich neue Märkte an. Nicht zufällig sind die Spannungsgebiete Jugoslawien, Irak, Somalia oder auch Äthiopien-Eritrea ehemalige Einflüsse von Moskau, in die jetzt der Westen seinen Fuß setzen will.

In Somalia hat der Imperialismus seine Expansionswünsche schon aufstecken müssen. Noch träumt er von einem blühenden Balkan, obwohl er auch schon mit Problemen von der UCK, den Kroaten und Serben in Bosnien und den Plünderern und Kriminellen zu tun hat.

Wenn dann noch die Produktion immer mehr in den alten privatkapitalistischen Ländern wie Kaschmir, Sierra-Leone oder Liberia zusammenbricht, in Angola sich auf Grund der Kämpfe das Öl nicht mehr ausbeuten lässt, dann müssen in immer mehr Gebiete der Welt, nicht nur an den Schnittpunkten zwischen Ost und West, Panzer und Soldaten stehen, damit noch produziert werden kann und die Märkte aufrecht erhalten werden. Der Kosovo zeigt schon die Richtung an.

Eine Genesung des Landes lässt sich aber ganz bestimmt nicht mit fremden Mächten erreichen, nicht mit Serben und auch nicht mit der Nato, wenn überhaupt, können nur die Kosovaren und letztlich die kosovarischen Arbeiter im Bündnis mit allen Arbeitern des Balkans die Region befrieden.

Nato raus aus dem Balkan!

Selbstbestimmungsrecht für Kosovo!

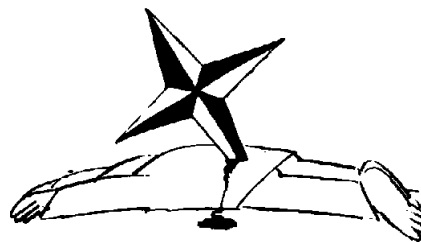
Die Nato und der neue Imperialismus

Übersetzung (Auszüge) eines Artikels aus 'Socialist Review'. Der Autor John Rees ist Mitglied der britischen Socialist Workers Party.

Künftige Historiker des Balkankrieges von 1999 werden sich wohl über die Tatsache wundern, da allein in dem Monat, in dem der Krieg ausgebrochen ist, kaum der Fakt kommentiert worden ist, da die Nato Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in das Bündnis integriert hat. Zwischen Ungarn und Griechenland wird die Südflanke der Nato nun vom ehemaligen Jugoslawien durchbrochen. Das allein erweckt bei der Nato ein beträchtliches strategisches Interesse an der Kontrolle des Balkans. Aber es steht mehr auf dem Spiel. Die Auswirkung der Nato-Erweiterung ist die Verschiebung des Eisernen Vorhangs nach Osten. Während er früher Deutschland durchtrennt hat, verläuft er nun an den Ostgrenzen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns. Er endet an der Grenze des einstigen Jugoslawiens. Die nächsten drei Staaten, die für eine Nato-Mitgliedschaft in Betracht gezogen werden, sind die ehemalige Republik Jugoslawien selbst, Slowenien und Serbiens Nachbarn Rumänien und Bulgarien. So ist der ganze, zehn Jahre währende Prozeß des Nato-Vorstos es nach Osten eng verbunden mit dem Balkan im allgemeinen und den ehemals jugoslawischen Staaten im besonderen.

Beim neuen Eisernen Vorhang zwischen West- und Osteuropa endet der strategische Zweck des Balkans für die Nato noch nicht. Wenn wir die Südflanke der Nato entlang - über Griechenland und die Türkei hinweg - sehen, erkennen wir, wie eng das Schicksal dieser Region mit einem anderen Gebiet verbunden ist, das für die Instabilität nach dem Kalten Krieg von großer Bedeutung ist: Der Bogen der Ölstaaten, der von den traditionellen Interessensphären des Westens, Iran und Irak, hinauf zur Kaspischen See und den jetzt unabhängigen Staaten an Russlands Südrand verläuft.

Noch während die Nato-Expansion nach Osteuropa in Washington auf dem 50. Geburtstag des Bündnisses gefeiert worden ist, wurde unter den Fittichen dieses Gipfels ein weiteres Pro-Nato-Bündnis konstruiert. Auf dem Washingtoner Treffen taten sich Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan



und Moldavien mit Usbekistan zusammen, um Guuam zu bilden, eine neue Allianz, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen der Mitgliedstaaten mit dem Westen zu stärken. Drei dieser Staaten - Georgien, Usbekistan und Aserbaidschan - traten erst diesen Frühling aus der von Russland beherrschten Föderation des Sicherheitspaktes der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten aus. Guuam hat der militärischen Zusammenarbeit mit der Nato auf niedriger Ebene zugestimmt, behauptet aber, es sei kein Militärbündnis, das sich gegen Russland richtet. Aber die Bildung von Guuam folgt der Parlamentsentscheidung der Ukraine auf dem Fuß, nach der sie ihre frühere Anordnung, ihre atomaren Waffen zu vernichten, aufhebt - ein direktes Resultat des Balkankrieges.

So kommt es auch nicht überraschend, wenn man auf Russlands Außenminister trifft, der fragt: »Wie sollen wir die Tatsache auffassen, da diese neue Regionalorganisation in Washington während eines Nato-Gipfels gegründet worden ist?« Eine Antwort darauf lieferte Eduard Schewardnadse, Präsident von Georgien, der gesagt hat: »Als ich Javier Solana [Nato-Generalsekretär] traf, fragte ich ihn: ‚Wann werdet ihr Georgien endlich in die Nato lassen?‘ Er flüsterete etwas in mein Ohr, aber ich kann nicht verraten, was er mir gesagt hat.« Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Solana Schewardnadse gesagt, die Nato werde Georgien in nächster Zukunft nicht aufnehmen. Der Grund dafür ist, da die Hauptbedeutung der Guuam-Region für die Westmächte eher in wirtschaftlicher als in militärischer Hinsicht liegt.

Nach der 'Financial Times' ist es die Hauptaufgabe von Guuam, »die in diesem Gebiet reichen Öl- und Gasvorkommen unter Ausschluss Russlands abzubauen«. Zu diesem Zweck sollen sich »die Türkei, Britannien und die USA von außen mit Guuam zusammenschließen - Nationen, die sich als viel höher als Russland erwiesen haben, in die Region zu investieren und mit ihr Handel zu treiben.« Im Gebiet der Kaspischen See gibt es tatsächlich einen großen Preis zu holen. Seine nachgewiesenen Ölreserven werden auf 16 bis 32 Milliarden Barrels geschätzt, denen in

den Vereinigten Staaten eine Reserve von 22 Milliarden Barrels und in der Nordsee eine von 17 Milliarden gegenübersteht. Die Totalreserven könnten laut US-Energie-Informationsbehörde 179 bis 195 Milliarden Barrels betragen.

Diese Reserven liegen zwar weit entfernt vom Balkan, aber die Route, auf dem das Öl in den Westen kommen muss, nicht. Im April wurde eine neue Pipeline eröffnet, die das Öl der Kaspischen See durch Aserbaidschan und Georgien transportiert. Das Öl wird seine Reise mit dem Tanker durch das Schwarze Meer und den Bosphorus fortsetzen bis zur türkischen oder griechischen Küste. Andere mögliche Pipeline-Routen des Westens verlaufen durch die Türkei bis zur Küste nahe Zypern oder durch die Ukraine, Bulgarien und Griechenland, die Guam-Mitglied, Nato-Anwärter und bereits existierendes Nato-Mitglied sind.

Alle diese Routen geben der Notwendigkeit von Sicherheit und Ordnung auf dem Balkan eine direkte ökonomische Bedeutung, die zu den strategischen Erwägungen, die hinter dem Nato-Krieg auf dem Balkan stehen, noch hinzukommt. So hat auch der US-Energiesekretär Bill Richardson letzten November erklärt:

»Es geht um Amerikas Energiesicherheit... Es geht auch um den Schutz vor strategischen Angriffen derjenigen, die unsere Werte nicht teilen. Wir versuchen, diese neuen unabhängigen Länder am Westen zu orientieren. Wir hätten gerne, da sie auf die westlichen kommerziellen und politischen Interessen vertrauen... Wir haben eine beträchtliche politische Investition in die Kaspische See gemacht, und es ist wichtig, da sowohl die Pipeline-Landkarte als auch die Politik zur richtigen Zeit auf den Plan treten.«

Die „Pipeline-Landkarte“, auf die Richardson sich bezieht, ist die, die die Ölreserven der Kaspischen See mit der Sicherheit der Gebiete zwischen der Türkei und Griechenland und den anderen Balkanstaaten verbindet. Wie die 'International Herald Tribune' herausstellt, wird die Entscheidung über die Route, auf der das Öl seinen Weg in den Westen nehmen wird, zu »tiefgreifenden ökonomischen und geopolitischen Konsequenzen« führen: »Rivalitäten, die sich hier abspielen, werden entscheidend auf die Gestalt der post-kommunistischen Welt einwirken und auf die Festsetzung, wieviel Einfluss die Vereinigten Staaten auf deren

Entwicklung ausben werden.«

Die geographische Expansion ist nicht die einzige Veränderung der Nato in den 90er Jahren. Sie hat ihre „strategischen Konzepte“ mittlerweile ausdrücklich umdefiniert, so da sie kein bloßes Verteidigungsbündnis mehr ist, wie sie während des ganzen Kalten Krieges behauptet hat. Alle Kalten-Kriegs-Praktiken der Nato bleiben bestehen - einschließlich des „Erstschlages“ mit Atomwaffen, wenn sie diesen Schlag für notwendig hält. Aber direkt nach dem Fall der stalinistischen Staaten 1991 hat die Nato ihre Ziele umdefiniert, so da die „Out of area“-Operationen zum Teil eines neuen „Strategiekonzeptes“ wurden. Diesen Einsätzen wurde zunächst eine „friedenserhaltende“ Rolle zugeschrieben. Aber, berichtet das Internationale Institut für Strategische Studien, die »ausschließliche Befehlsgewalt der Nato über die Operationen der Implementation Force (IFOR) in Bosnien veränderte diese Haltung vollkommen.« So hat der Zusammenbruch der osteuropäischen Regime und der Expansionsdrang der Nato zur Beschäftigung mit dem Balkan geführt; und ihre Erfahrung auf dem Balkan hat zu ihrer Entscheidung geführt, militärische Macht jenseits ihrer Grenzen einzusetzen. Auf dem Washingtoner Gipfel wurde einer überarbeiteten Nato-Militär-Struktur eine Joint Task Force für schnelle Einsätze in „Krisengebieten“ aufgesetzt.

Die Auswirkungen dieses ein Jahrzehnt lang währenden Trends sind kolossal. Die Struktur des Kalten Krieges, die das atomare Patt zwischen Ost- und Westblock untermauert hat, ist nun verschwunden. Das bedeutet, da „heiße Kriege“ nicht mehr auf die kolonialen und ehemals kolonialen Randgebiete des Systems verlagert werden können, wie das mit ihnen während des Kalten Krieges geschah. Diese Konflikte werden fortgesetzt, obwohl sie weniger zwischen nationalen Befreiungsbewegungen und kolonialen oder neo-kolonialen Regimen ausgefochten werden, sondern häufig zwischen politisch unabhängigen Staaten, die schnell von Klienten der Hauptmächte zu „verbrecherischen“ oder „terroristischen“ Staaten werden, wenn ihre Interessen und die der Hauptmächte auseinandergehen. Iran, Irak und Serbien sind bloß die bekanntesten Beispiele aus den letzten zehn Jahren. Dieses Muster wird sich wohl weiter durchsetzen, schon weil 75% der US-Waffenverkäufe in den letzten fünf Jahren an Länder gegangen sind, deren Bürger nicht das Recht haben, ihre eigene Regierung zu wählen.

Noch wichtiger, der Zusammenbruch

des Warschauer Paktes hat eine Zone imperialistischen Konfliktes geschaffen, der sich von der neuen Ostgrenze der Nato über die baltischen Staaten, Osteuropa und den Balkan, über den Südrand Rußlands und die Guam-Staaten erstreckt. Diese wirtschaftlich schwache und instabile Region ist heute eine der wichtigsten Zonen für rivalisierende imperialistische Ansprüche. Der Balkan ist wieder zum umkämpften Gebiet geworden, weil die tektonischen Platten der Hauptmächte sich in dieser Region erneut aneinanderreiben, wie sie es schon getan haben, bevor der Kalte Krieg seine zufällige imperialistische Geographie festgelegt und der lange Nachkriegsboom ihnen Aufschub gewährt hat.

Die vor zehn Jahren versprochene Neue Weltordnung wird keine Rettung bringen. Das Ungleichgewicht zwischen der Militärmacht der USA und der jeden anderen Staates auf der Welt, die einst als Garantie für eine friedlichere Welt verkauft worden ist, hat sich nun als Quelle von noch größerer Instabilität entpuppt. Die Waffenausgaben der Vereinigten Staaten sind größer als die der 13 Staaten, die unter ihr rangieren, zusammen. Immer noch ist der US-Anteil am Welthandel wesentlich geringer, als er während des Kalten Krieges war. Das ist ein zentraler Grund dafür, warum die Militärmacht so oft die Alternative für die herrschende Klasse der USA ist. Der andere Grund ist die wirtschaftliche Entkräftung Rußlands. Aber die Politik, diese Schwäche zu benutzen, um Rußland gegen seinen Willen im Interesse der Nato zu bugsieren, hat seine Grenzen, wie auch der Verlauf des Balkankrieges gezeigt hat. Je näher das Vordringen der Nato an die Grenzen Rußlands kommt, umso mehr beginnt die immer noch kolossale Militärmaschine Rußlands vielleicht damit, sich nach einem der Landesführer umzusehen als einzig wirkliches Guthaben in einer bedrohlichen Situation.

Wenn wir den Balkankrieg in diesem Zusammenhang sehen, ist es keine Überraschung mehr, wenn man herausfindet, da die 90er Jahre hinsichtlich der Kriegstoten das blutigste Jahrzehnt seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen sind. Die meisten der Getöteten sind Zivilisten gewesen. Vor fünfzig Jahren waren die Hälfte der Kriegstoten Zivilisten. In den 60er Jahren sind Zivilisten 63% der Kriegstoten gewesen, in den 80ern stieg diese Zahl auf 74% an, und in den 90ern liegt sie noch höher. Nur die Zerschlagung des imperialistischen Systems wird dieses Blutbad stoppen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren und die Linke

★ FRANCIS BYRNE

Die Linke und das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen

Ein großer Teil der sogenannten undogmatischen Linken hat sich grundsätzlich von der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen abgewendet. Es werden nur solche Bewegungen unterstützt, in denen die nationale Frage nicht im Vordergrund steht, sondern die scheinbar schon irgendwie „fortschrittliche“ Inhalte hat: etwa die emanzipatorische Rolle der Frau bei den Chiapas-Indianern in Mexiko.

Für einen anderen Teil der Linken, der sich sogar sozialistisch nennt, ist der aktuelle Kampf der Kosovaren nur ein separatistischer Kampf einer Terror-Bande. Ganz ähnlich betrachtet der türkische Staat die Befreiungsbewegung in Kurdistan. Das theoretische Organ der DKP, „Marxistische Blätter“, leugnet beispielsweise die jahre- und jahrzehntelange Unterdrückung der Kosovo-Albaner in Jugoslawien. Im Artikel von Diana Johnstone wird von der »Koexistenz von Serben und Arabern im Kosovo« gesprochen. Die muslimischen Kosovo-Albaner als Araber zu bezeichnen rassistisch. Aber abgesehen davon gab es im Kosovo keine Koexistenz, kein friedliches Miteinander, sondern die Bevölkerungsmehrheit der Kosovaren wurde unterdrückt. Doch das wird geleugnet. Über Jugoslawien heißt es weiter in dem Artikel:

»Ein Drittel seiner Bewohner sind keine Serben, verfügt aber über die gleichen Rechte wie diese. ... Ethnische Albaner aus dem Kosovo haben wenigstens formal mehr Rechte in Serbien als die vielen serbischen Flüchtlinge, die nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens aus Kroatien und Bosnien nach Serbien flüchteten, nur weigern sie sich, ihre Rechte in

Anspruch zu nehmen.« (S. 36, Hervorhebungen von mir, FB.)

In ihrer Treue zu den untergegangenen staatskapitalistischen Staaten verdreht die DKP die Realität völlig und versucht sogar, eine rassistische Stimmung gegen die Kosovaren zu schüren. Mit Marxismus hat eine solche Politik nichts zu tun.

Es gibt aber auch einen Teil der revolutionären Linken, der zu unserer Tradition gehört, der bis dato die Forderung für Unabhängigkeit für den Kosovo unterstützt hat, aber seit dem Angriff der Nato auf Jugoslawien diese Unterstützung versagt hat. Jetzt, wo der große Imperialist Nato den kleinen Imperialisten Jugoslawien angreift, sei die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht oder gar einem Abzug der Milosevic-Truppen aus dem Kosovo nicht mehr aktuell und sogar gefährlich, argumentieren die Linken, weil man damit die Verteidigungskraft Serbiens gefährden würde.

Dieser Gedanke ist wie eine Feuerwehr ohne Löschschlauch. Genau dann wenn es brennt, nutzt sie nichts.

Es herrscht also Verwirrung auf breiter Linie bei den Linken, was die Frage der nationalen Befreiung angeht. Mit der Zuspitzung der kapitalistischen Krise wird aber auch die nationale Unterdrückung zunehmen, genau wie die Gegenwehr gegen diese Unterdrückung. Wir können diese Kämpfe für die revolutionäre Perspektive nutzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, da wir uns Klarheit über unser Verhältnis zu diesen Kämpfen und die taktischen Möglichkeiten für uns verschaffen.

Sozialisten und die unterdrückten Nationen

Grundsätzlich unterstützen Marxisten die Bewegungen gegen nationale Unterdrückung. Die Unterdrückung

ganzer Völker und Nationen ist ein wichtiges Mittel für große und kleinere Imperialisten, um in der internationalen Konkurrenz mitzumischen. Derzeit gibt es Bewegungen gegen diese Unterdrückung beispielsweise in Kurdistan, in Ost-Timor (das von Indonesien überfallen wurde) und im mexikanischen Bundesstaat Chiapas.

Separatistische Bewegungen, in denen die nicht gegen Unterdrückung kämpfen, sondern motiviert sind, den von ihnen dominierten Regionen einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, unterstützen wir nicht. Beispielhaft für solche Kämpfe ist die Forderung nach Abtrennung des reichen italienischen Nordens vom Rest Italiens.

Wir sind als Internationalisten nicht für Klein-Staaterei - unser Ziel ist es, eine Welt ohne Grenzen zu errichten. Der Kampf um nationale Befreiung und Selbstbestimmung von unterdrückten Ländern betrachten wir aber als einen Teil des internationalen Klassenkampfes, den wir aus taktischen Gründen unterstützen.

Trotzki hat diese taktische Haltung von Marxisten zu den Kämpfen gegen nationale Unterdrückung auf eine kurze Formel gebracht: »Militärische Unterstützung ja, politische Unterstützung nein.« Das heißt wir unterstützen die Bewegungen (mit Spenden, Aufrufen, Demos, aber evtl. auch militärisch). Die Führungen und deren langfristiges politisches Ziel - im Beispiel des Kosovo die UCK - unterstützen wir nicht.

Unterdrückung des Kosovo

Der Kosovo hatte bis 1989 einen halben Autonomiestatus innerhalb Jugoslawiens. Allerdings waren die Kosovaren schon vorher im Belgrader Parlament kaum vertreten und der Kosovo wurde - was Investitionen in die Infrastruktur und die Industrie angeht -

von der Zentralregierung vernachlässigt. Der Kosovo war und ist das Armenhaus Europas.

1989 fielen die staatskapitalistischen Gesellschaften des Ostblocks reihenweise um wie Dominosteine, was für die bürokratische herrschende Klasse nicht immer ohne Blutvergießen abging. Auch die Herrschaft von Milosevic in Jugoslawien drohte zu kippen.

Um dem drohenden Machtverlust etwas entgegenzusetzen, spielte Milosevic in seinem Vielvölkerstaat die rassistische Karte gegen Minderheiten im eigenen Land aus. Im Kosovo war es so, da die Schulen und Universitäten nicht mehr in Albanisch lehren durften, Albaner - die etwa 90% der Bevölkerung im Kosovo ausmachten - kein Land mehr kaufen durften, keine Geschäftslizenzen mehr bekommen konnten, nicht mehr Ärzte, Professoren, Richter oder gar Bürgermeister werden durften. Das Land fiel ökonomisch noch weiter zurück. 1989 stellte Milosevic sich auf das Amselfeld (wie ein großer Teil des Kosovo genannt wird) vor 50.000 Serben und schwang „Blut und Boden“-Parolen, um die serbische Bevölkerung gegen die albanische Mehrheit im Kosovo aufzubringen.

Was folgte, war die massive Niederknüpfung von Demonstrationen, verstärkte Angriffe auf die Zivilbevölkerung mit Massakern u.ä. und als Gegenwehr die Wahl eines Untergrund-Parlamentes (Rugowar war/ist der gewählte Staatspräsident), die Gründung von albanischen Schulen und Unis im Untergrund und Demonstrationen.

Falsche Haltungen der revolutionären Linken

Nur wenige linke Gruppen, wie die Sozialistische Alternative Voran, haben das Selbstbestimmungsrecht der Kosovaren auch während des Angriffskrieges der NATO auf Jugoslawien verteidigt. Wesentliches Argument des Teils der Linken, die diese Forderung fallenließen, war, da man das angegriffene Serbien vor den großen Imperialisten verteidigen müsse.

Linksruck beispielsweise betrachtete den Angriff der NATO als Angriff auf die Unabhängigkeit Serbiens. Um die nationale Souveränität Rest-Jugoslawiens sicherzustellen, müsse man sich auf seine Verteidigung konzentrieren. Dabei war die nationale Integrität Serbiens nie

- nicht einmal im Vertrag von Rambouillet - gefährdet.

Ein weiteres Argument war, da sich die Führung der Kosovo-Befreiungsbewegung den imperialistischen Interessen von Schröder, Blair und Clinton völlig untergeordnet hat. Besonders nach der Einstellung der Bombardierungen und dem Einmarsch der NATO-Truppen in den Kosovo wird deutlich, da die Führung des Befreiungskampfes nicht homogen ist und es durchaus verschiedene Flügel gibt, die verschiedene und weitergehende Interessen bei der Unabhängigkeit vertreten.

Grundsätzlich versuchen natürlich die Imperialisten eines Landes, Befreiungsbewegungen im Land des anderen Imperialisten, beispielsweise mit Waffenlieferungen, für ihre eigenen Interessen auszunutzen bzw. den imperialistischen Konkurrenten zu schwächen.

So hat der deutsche Kaiser den Aufständischen in Irland Waffen geliefert, Rußland und China haben die Führung der vietnamesischen Befreiungsbewegung mit Waffen und Logistik versorgt. Sozialisten haben aber daraus nie den Schluß gezogen, da diese Befreiungsbewegungen nicht mehr zu unterstützen seien. Schon Lenin sah sich mit dieser Fragestellung konfrontiert; und mehrfach unterstreicht er, da man solche Bewegungen auch dann noch unterstützen muß:

»... die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen muß die Losungen der nationalen Befreiung, um die Arbeiter zu betrogen; in der inneren Politik benutzt sie diese Losungen zur reaktionären Verstärkung mit der Bourgeoisie der herrschenden Nation (zum Beispiel die Polen in Österreich und Rußland, die eine Abmachung mit der Reaktion treffen zur Unterdrückung der Juden und Ukrainer); in der äußeren Politik bemüht sie sich, sich mit einer der wetteifern imperialistischen Regierungen zu verständigen, um ihre überhöhten Ziele zu verwirklichen (die Politik der kleinen Balkanstaaten u.a.m.).

Die Tatsache, da der Kampf gegen eine imperialistische Regierung für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer anderen

„Großmacht“ für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, kann die Sozialdemokratie [1916 nannte sich Lenins Partei noch sozialdemokratisch. Anm. d. Verf.] ... [nicht dazu] bewegen, auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu verzichten...«

(W.I. Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht“, Hervorhebungen von mir, FB)

An anderer Stelle schreibt Lenin zum Thema Vaterlandsverteidigung von imperialistischen und unterdrückten Ländern im Ersten Weltkrieg:

»Für den Spielbürger ist es wichtig, wo die Truppen stehen, wer im Augenblick siegreich ist. Für den Marxisten ist es wichtig, wofür der gegebene Krieg geführt wird, in dessen Verlauf bald das eine, bald das andere Heer siegreich sein kann.

Wofür wird dieser Krieg geführt? ... England, Frankreich und Rußland führen den Krieg, um die zusammengeraubten Kolonien zu behalten, die Türkei auszuplündern usw. Deutschland führt den Krieg, um anderen Ländern Kolonien zu entreißen, um selber die Türkei auszuplündern usw. Nehmen wir an, die Deutschen besetzten Paris und Petersburg. Ändert sich dadurch der Charakter dieses Krieges? Nicht im mindesten. Das Ziel der Deutschen - und, was noch wichtiger ist, die im Falle eines Sieges der Deutschen verwirklichte Politik - würde dann die Wegnahme der Kolonien, die Beherrschung der Türkei, die Fortnahme fremdnationaler Gebiete, z.B. Polens usw. sein, aber keineswegs die Errichtung einer Fremdherrschaft über die Franzosen oder die Russen. Seinem wahren Wesen nach ist dieser Krieg kein nationaler, sondern ein imperialistischer Krieg. Mit anderen Worten: Der Krieg wird nicht geführt, weil sich die eine Seite von der nationalen Unterdrückung befreien, die andere sie hingegen aufrechterhalten will. Dieser Krieg ist ein Krieg zwischen zwei Gruppen von Unterdrückten, zwischen zwei Übern, und wird darum geführt, wie die Beute geteilt werden soll, wer die Türkei und die Kolonien ausplündern soll.

Kurzum: Ein Krieg zwischen imperialistischen (d. h. eine ganze Reihe fremder Völker unterdrücken und sie in das Netz der Abhängigkeit vom Finanzkapital verstrickenden usw.) Großmächten oder im Bunde mit ihnen ist ein imperialistischer Krieg. Ein solcher Krieg ist der Krieg von 1914-1916. "Vaterlandsverteidigung" in diesem Krieg ist Betrug, ist die Rechtfertigung dieses Krieges.

Ein Krieg gegen imperialistische, d.h. unterdrückende Mächte seitens der Unterdrückten (z. B. kolonialer Völker) ist ein wirklich nationaler Krieg. Solch ein Krieg ist auch heute möglich. Die "Vaterlandsverteidigung" seitens eines national unterdrückten Landes gegen ein national unterdrückendes ist kein Betrug, und die Sozialisten sind keineswegs gegen die "Vaterlandsverteidigung" in einem solchen Krieg.

Selbstbestimmung der Nationen ist dasselbe wie Kampf für vollständige nationale Befreiung, für volle Unabhängigkeit, gegen Annexionen, und diesen Kampf - in jeder seiner Formen, einschließlich Aufstand oder Krieg - können Sozialisten nicht ablehnen, ohne aufzuheben, Sozialisten zu sein. Um diesen Krieg als nationalen Krieg hinzustellen, berufen sich die Sozialchauvinisten auf die Selbstbestimmung der Nationen. Der einzig richtige Kampf gegen die Sozialchauvinisten besteht darin, zu zeigen, daß der Krieg nicht um die Befreiung von Nationen geht, sondern darum, welcher von den großen Rübern mehr

Nationen unterdrücken soll. Wenn man sich jedoch dazu versteigt, einen Krieg abzulehnen, der wirklich um die Befreiung von Nationen geht, wird, so heißt das, den Marxismus auf das schlimmste karikieren. ... Kriege sind die Fortsetzung der Politik; deshalb ist, wenn um die Demokratie gekämpft wird, auch ein Krieg um der Demokratie willen möglich; die Selbstbestimmung der Nationen ist nur eine der demokratischen Forderungen, die sich von den anderen grundsätzlich nicht unterscheidet. "Weltherrschaft ist, kurz gesagt, der Inhalt der imperialistischen Politik, deren Fortsetzung der imperialistische Krieg ist. Die "Vaterlandsverteidigung" in einem demokratischen Krieg, das heißt die Teilnahme an einem solchen Krieg, ablehnen, ist ein Unding, das nichts mit Marxismus gemein hat. Einen imperialistischen Krieg dadurch beschneiden, daß man den Begriff "Vaterlandsverteidigung" auf ihn anwendet, ihn folglich für einen demokratischen Krieg ausgibt, heißt die Arbeiter betrogen und auf die Seite der reaktionären Bourgeoisie bergehen."

(W.I. Lenin: "Über eine Karikatur auf den Marxismus", Werke, Bd. 23, S. 24 f, Hervorhebungen von mir, FB.)

Wie hätte die Anti-Kriegs-Bewegung verbreitert werden können?

Anders als noch im Golfkrieg Anfang der 90er Jahre, war die Beteiligung an den Anti-Kriegs Demonstrationen relativ gering.

Eine Verbreiterung der Anti-Kriegs-Bewegung in den Nato-Ländern hätte es nur geben können, wenn die Linke sich nicht auf einen „Burgfrieden“ oder Schultergeschluß mit dem anderen - wenn auch kleineren - Imperialisten und Mörder, Milosevic gemacht hätte. Genau das hat aber fast die gesamte Linke getan. Ein Großteil von ihr stellte sich auf die Seite des serbischen Unterdrückungsstaates und des serbischen Nationalismus. Die Verzweiflung der Kosovaren wurde in den allermeisten Fällen ausgeklammert oder in den Hintergrund geschoben.

Die Arbeiter im Westen werden den Teufel tun und den Krieg beenden, wenn sie wissen, daß die einzige Perspektive darin besteht, daß Milosevic weiter mordet. Nur die Forderung „Nato raus aus dem Balkan, Belgrad raus aus dem Kosovo“ hätte die Anti-Kriegs-Bewegung verbreitern können.

Nach dem Einmarsch


Seit Mitte Juni stehen verschiedene Nato-Truppen im Kosovo. Laut Nato soll der Kosovo ein autonomer Teil Serbiens bleiben, und die fremden Truppen sollen seine Sicherheit garantieren. Tatsächlich ist es aber so, daß der Westen einen größeren Fuß in den Balkan gesetzt hat, um seine strategischen und ökonomischen Interessen auszuweiden.

Eine Unabhängigkeit des Kosovo wird von keiner Seite gewünscht - weder von der Nato noch von Milosevic - außer von den Kosovaren selbst. Die haben jetzt alle gegen sich: Serbien, die Russen, die Nato und den größten Teil der Linken.

Mit dem Ende des heißen Krieges müssen wir natürlich auch unsere

Klassenkampf

Der Klassenkampf ist DEINE Zeitung!



ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO - ABO

Jahresabo (6 Ausgaben) DM 20, inkl. Porto

Ja, ich möchte den Klassenkampf abonnieren!

DM 20,- sind beigelegt!*

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____

Weitere Infos unter: 0221 - 510 17 96

Ausschneiden und schicken an: N. Nelte, Xantener Str. 3b, 50733 Köln

* Oder Betrag überweisen auf: Postgiroamt (PGA) Hannover, BLZ 250 100 30, Kto. Nr.1409 93-301 Vermerk: KK-Ab



Der Mensch als Sklave seiner

G e n e ?

Richard C. Lewontin, Steven Rose, Leon J. Kamin, "Die Gene sind es

Individuen reicht.« (S. 3)

Dies hier im Klartext: Die gesamte menschliche Natur werde durch die Gene bestimmt. Entsprechend betrachtet der biologische Determinismus Organismen aufgrund evolutionärer Prozesse als umweltangepas t. Entsprechend wird die Entwicklung der Anpassungsfähigkeit als eine Abfolge von Modifikationen, die einem im wesentlichen passiven Objekt aufgeprägt werden, verstanden. Die Umwelt wirkt auf den Menschen ein und er ist der Anpassung auf Gedeih und Verderb ausgesetzt. Daraus wird abgeleitet, da die menschliche Natur sich nicht ändern lä t.

Die Politik des biologischen Determinismus

Die Theorie des biologischen Determinismus stellt den Versuch dar, ein Gesamtsystem zur Erklärung der sozialen Existenz des Menschen zu bilden, auf der Grundlage zweier Prinzipien, nämlich, da soziale Vorgänge direkte Folgen des Verhaltens von Individuen sind und individuelle Verhaltensweisen wiederum direkte Folgen angeborener physischer Merkmale. Hier wird aus der Biologie reaktionäre Politik:

»Denn wenn die Organisation der menschlichen Gesellschaft - einschließlich aller Ungleichheiten - eine direkte Folge unserer Biologie ist, dann kann keine Maßnahme - mit Ausnahme eines eugenischen Programms - gigantischen Ausmaßes - eine Änderung der Gesellschaftsstruktur bewirken. Wir können kämpfen, Gesetze verabschieden, sogar Revolutionen machen - es ist alles vergeblich. Die natürlichen Unterschiede zwischen Individuen und Gruppen werden, vor dem Hintergrund biologischer Universalien menschlichen Verhaltens, am Ende all unsere

Anstrengungen, die Gesellschaft neu zu gestalten, zum Scheitern verurteilen.« (S 13)

Allerdings nehmen solche Argumente nicht nur Einfluss auf die Wissenschaft, sondern auch auf soziale und politische Auseinandersetzungen. In den 70er Jahren kam es während politischer Auseinandersetzungen zum Aufschwung dieser Vorstellungen. Natürlich waren sie exakt eine Antwort auf die militanten Forderungen dieser Zeit. Das Verlangen der Schwarzen nach Gleichheit in wirtschaftlichem und sozialem Status konnte mit dieser Theorie abgewehrt werden, weil nach ihr Schwarze als biologisch minderwertig gelten. Das damalige Aufbegehren der Schwarzen war demnach nicht das Ergebnis der Ohnmacht der Besitzlosen, sondern die Folge genetischer Minderwertigkeit. Hier wird deutlich, da jeder militanten Gruppe die Legitimation mit Hilfe des biologischen Determinismus abgesprochen werden kann:

»Der biologische Determinismus ist ein wirksames und flexibles Mittel das Opfer anzuklagen. Je mehr das Bewusstsein von Benachteiligungen zunimmt und gleichzeitig die Möglichkeit schwindet, Forderungen zu befriedigen, desto häufiger und vielgestaltiger dürfte dieses Mittel eingesetzt werden.« (S. 17)

Die drei Thesen des biologischen Determinismus:

Mit der Einführung der bürgerlichen Gesellschaft wurde die Ursache für die Ungleichheit aus der Struktur der Gesellschaft in die Natur von Individuen verlegt. Es wird behauptet, da Ungleichheiten eine direkte und unausweichliche Konsequenz der individuellen Unterschiede eigener Verdienste und Fähigkeiten sind.

So wird erstens behauptet, da jeder Erfolg haben und an die Spitze gelangen kann. Erfolg hängt demnach von der der

Um den Menschen geht es. Um die Frage, welche Rolle Vererbung und Umwelt bei der Entstehung von Begabungen und sozialem Verhalten spielen. Eine viel umstrittene Frage, die nicht nur in der Wissenschaft auf großes Interesse stieß. Zudem wurde dieses Thema auch immer wieder von der Boulevardpresse mit Wohlwollen aufgegriffen. Gesellschaftliche Probleme, wie Massenarbeitslosigkeit, Kriminalität oder sexuelle Gewalt an Frauen oder Kindern, wurden hier mit Hilfe reduktionistischer Formeln auf die genetische Ausstattung des einzelnen Menschen zurückgeführt. Plötzlich war das Faulenzer-Gen für die hohe Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, das Kriminalitäts-Gen für Verbrechen und Gewalt usw. usf.

Stellt man sich in diesem Zusammenhang die Frage, woher all dieser geistige Irrsinn stammt, so findet man in der Wissenschaft des biologischen Determinismus - auch Biologismus genannt - seine Antworten.

Das Buch von Lewontin, Steven Rose und Leon Kamin stellt sich die Frage, was man eigentlich unter biologischem Determinismus versteht und wie sich der Mensch definiert.

»Menschliches Leben und Verhalten ist eine unausweichliche Folge der Biochemie jener Zellen, aus denen das Individuum besteht, und diese Merkmale wiederum werden in spezifischer Weise von den Genen eines Individuums bestimmt. Letztlich ist das gesamte menschliche Verhalten - und damit jegliche menschliche Gesellschaft - über eine Determinationskette gesteuert, die vom Gen über das einzelne Individuum bis zur Summe des Verhaltens aller

Stärke bzw. Schwäche des Charakters ab. Zweitens werde Erfolg und Versagen des Charakters in den persönlichen Genen kodiert. Wobei drittens unterstellt wird, da die Existenz biologischer Unterschiede zwischen Individuen notwendiger- und richtigerweise zur Schaffung hierarchischer Gesellschaften führen mu .

Gleichheit ist danach Gleichheit der Chancen, nicht Gleichheit der Fähigkeiten oder Gleichheit im Ergebnis. Das Leben als Wettlauf. Heutzutage starten alle zugleich, so da die Besten gewinnen - die Besten aus biologischer Bestimmung. Indem der biologische Determinismus sich diesen Anstrich gibt, wandelt er sich zu einem legitimierten Ideal und zu einem Instrument der sozialen Kontrolle. Die gesellschaftlichen Unterschiede sind so fair wie unvermeidlich, weil sie natürlich sind.

Die Theorie, da wir in einer Gesellschaft leben, die persönliche Leistung honoriert, stimmt jedoch in keinster Weise mit unseren alltäglichen Beobachtungen überein. Es ist offensichtlich, da beispielsweise Eltern auf irgendeine Weise ihre soziale Macht ihren Kindern übermitteln:

»Die Söhne von Magnaten haben eine Tendenz, Bankiers zu werden, während die Kinder von Arbeitern dazu neigen, Schulden bei Banken zu haben. Die Wahrscheinlichkeit, da irgendeiner der Gebrüder Rockefeller sein Leben als Angestellter in einer Tankstelle von Standard Oil verbringen könnte, ist ziemlich gering.« (S. 56)

Studien über die Beschäftigungsstruktur hierzu beweisen, da beispielsweise in den USA 71% der Söhne von Angestellten selbst wieder Angestellte sind und 62% der Söhne von Arbeitern wieder Arbeiter werden.

Die Wurzeln der Intelligenzmessung

Das Schulversagen bei Kindern aus der Arbeiterschicht ist extrem viel höher als bei Kindern von Eltern mit freien Berufen. Würde nun offenkundig zugegeben, da dies ein Produkt der hiesigen Gesellschaft ist und diese nicht darauf angelegt ist, für wirkliche Gleichheit empfänglich zu sein, könnte dies zu Unzufriedenheit und Unruhen führen. Die Alternative ist, zu unterstellen, da erfolgreiche Menschen endogene Verdienste aufweisen. Somit wird das

erbliche Privileg einfach zur unvermeidlichen Konsequenz der ererbten Begabung erhoben. Vor allem die Intelligenz wird hierbei als endogener Verdienst verstanden.

So schrieb Cyril Burt als bekannter Zwillingsforscher 1947, da Intelligenz in alles eingeht, was ein Kind sagt, denkt, tut und versucht, in der Schule und im späteren Leben. Demnach sei ein Kind durch den Grad seiner Intelligenz dauerhaft begrenzt.

Die These, da Intelligenz von den Genen determiniert wird, versuchte Burt durch Studien an Zwillingspaaren oder Verwandten zu untermauern. Burt gab vor, in den 60er Jahren, 53 Zwillingspaare, die anscheinend getrennt aufwuchsen, untersucht zu haben. Seine Ergebnisse sollten beweisen, da diese Zwillinge trotz unterschiedlicher Umwelt, sich in ihrem Lebensgang mehr als ähnelten und zwar nicht nur äußerlich. Für ihn und alle Wissenschaftler des biologischen Determinismus ein Beweis, da nur die Gene den Menschen bestimmen. Allerdings wurde einige Jahre später bekannt, da Burt niemals irgendwelche Zwillingspaare beobachtet oder studiert hatte, sondern alle Daten schlichtweg gefälscht waren. Trotz des offenkundigen Betrugs hatte Burt, und hat es heute noch, einen großen Einfluss auf die Wissenschaft.

Der Mensch als Sklave der Klassengesellschaft:

Aber wie gestaltet sich in Wirklichkeit die menschliche Natur. Sie zeichnet sich dadurch aus, da es in ihr liegt, ihre eigene Geschichte zu gestalten. Dies bedeutet, da die innerhalb einer

Generation erfahrenen Grenzen der menschlichen Natur für die nächsten Generationen irrelevant sind. Zum Beispiel »die Intelligenz eines Schulkindes von heute unterscheidet sich erheblich von der eines Kindes, das vor hundert Jahren gelebt hat oder von der eines Feudalherren oder eines griechischen Sklavenhalters - sie ist auf vielerlei Weise höher. Das Maß der Intelligenz selbst ist historisch kontingent.« (S. 11)

Es ist kein menschliches Verhalten vorstellbar, das unseren Genen in einer Art und Weise eingepägt ist, da es nicht durch soziale Einflüsse modifiziert und geformt werden könnte. Es ist aber auch abzulehnen, den Einzelnen lediglich als passives Produkt seiner Umwelt zu betrachten. Wäre das so, gäbe es keine soziale Evolution. In jedem Augenblick ist der sich entwickelnde Geist, der ein Ergebnis der Abfolge von Erfahrungen und inneren biologischen Bedingungen ist, mit der Umgestaltung der Welt beschäftigt. Es besteht somit kein eindimensionaler Kausalzusammenhang zwischen Genen und Umwelt, sondern ein dialektisches Verhältnis: Organismus und Umwelt durchdringen einander. Alle Organismen, aber insbesondere Menschen, sind nicht einfach Ergebnisse der Umwelt, sondern auch die Ursachen ihrer Umwelt. Es sind nicht die Gene oder unsere Intelligenz, die uns eingrenzen, sondern die Klassenzugehörigkeit - und die ist nicht biologisch, sondern historisch bedingt. Wir leben hier nach den Gesetzen des Kapitalismus. Es ist der genetische Code des Kapitalismus, der uns eingrenzt. Er lautet: Es lebe die Ausbeutung auf



CD-ROM mit
allen Texten,
vielen
Klassikern,
viele Bilder!
DM 6,-

Zu bestellen bei:
Norbert Nelte,
Xantener Str. 3b,
50733 Köln
Bestellungen per email:

Bücherkiste der IS

Bücher sind Waffen

Tony Cliff	Studie über Rosa Luxemburg	5,00 DM*
	Staatskapitalismus in Ru land	16,00 DM*
	S rekli Devrim - bir degerlendime	2,00 DM
Chris Harman	Frauenbefreiung und Klassenkampf	2,50 DM*
	Ru land - Wie die Revolution scheiterte	2,00 DM*
	Das ist Marxismus	5,00 DM*
	Gramsci gegen Reformismus (Haenisch: Bordiga)	2,00 DM*
	Wohin treibt der Kapitalismus?	5,00 DM*
	Parti ve Sinif	2,00 DM
	Rusya'da Devrim ve Karsi Devrim	2,00 DM
Duncan Hallas	Kritik des orthodoxen Trotzismus	
	(Nelte, Gorbatschow: Trotzisten ratlos)	2,00 DM*
	Geschichte der 4. Internationale	3,00 DM*
	Die Komintern	12,00 DM*
	Trotzki (Biographie), Cliff: Trotzis revolution res Erbe,	
	Sedwa Trotzki: Bruch mit der 4. Internationalen	1,50 DM*
	Trotzki's Marxismus	6,00 DM*
John Molyneux	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM*
	Die zukünftige sozialistische Gesellschaft	2,00 DM*
	Das Wesen des Menschen	1,50DM*
Alex Callinicos	Rasse und Klasse	3,00 DM*
	Die authentische marxistische Tradition	4,00 DM*
David McNally	A awidan Sosyalizm	3,00 DM
Nigel Harris	Warum hungert die halbe Welt?	2,00 DM*
John Rees	Trotzki und die Dialektik der Geschichte	2,00 DM*
Binns/Haynes	Neue Theorien zu Osteuropa	2,00 DM*
Peter Binns	Rusya'da Devlet Kapitalizmi	2,00 DM
Maryam Poya	Iran 1979	4,00 DM*
Luxemburg,		
Cliff, Harman	Partei und Klasse	6,00 DM*
SWP-Autoren	Agitation und Propaganda	3,00 DM*
S A G	Die Wurzeln der Arbeiterbewegung	5,00 DM
e.p.	Kronstadt und Machno-Bewegung	3,00 DM*
Norbert Nelte	Marxistische Wirtschaftstheorie - leicht gemacht	2,00 DM*
	Markt oder Plan?	3,00 DM*
	Klassenkampf	3,00DM*
IS	Marx' historischer Materialismus (IS-Einführung)	2,00 DM*
	Plattform, Gründungsresolution und Satzung	1,00 DM*
	KK-Inhaltsverzeichnis	3,00 DM*
	Schulungsmaterial	8,00 DM
Klassiker:		
Marx/Engels	Ausgewählte Werke in einem Band	10,00 DM
	Lohnarbeit und Kapital	2,50 DM*
	Feuerbach	3,00 DM*
	ökonomisch-Philosophische Manuskripte	8,00 DM*
	Die Dialektik der Natur / Nur Diskette-Diskettenpreis:	2,00 DM*
	Das Kapital, 1. Band / Nur Diskette-Diskettenpreis:	6,00 DM*
	Das Kapital, 2. Band / Nur Diskette-Diskettenpreis:	4,00DM*
Lenin	Ausgewählte Werke in einem Band	10,00 DM
	Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit...	6,00 DM*
	Staat und Revolution	6,00 DM*
Lenin,		
Engels u.a.	Anarchismus ohne Perspektive	3,00 DM*
Trotzki	Die Permanente Revolution	8,00 DM*
	Kopenhagener Rede 1932	3,00 DM*
	Kunst und Sozialismus	6,00 DM*
	Ihre Moral und unsere	3,00 DM*
	Faschismus I: Gegen den Nationalkommunismus u.a.	6,00 DM*
	Faschismus II: Was nun?	7,00 DM*
	Faschismus III: Der einzige Weg, u.a.	6,00 DM*
	1917 - Die Lehren der Revolution	3,00 DM*
	Ekim Dersleri	5,00 DM
	S rekli Devrim Teorisi	2,50 DM
	Aufsätze	5,00 DM*
	Nationale Frage und nationale Minderheiten	
	(Cliff: Permanente Revolution)	5,00 DM*
	Briefe an das ZK von 1923	4,00 DM*
	Verteidigung des Marxismus	12,00 DM*
Rosa		
Luxemburg	Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	5,00 DM*
	Sozialreform oder Revolution	5,00 DM*

Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Mittwoch, 20.00 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429

Sommerpause bis 3.8.1999

4.8.1999 ★ Ghandi und die indische Unabhängigkeit ★ Referat und Diskussion

11.8.1999 ★ Computer, Internet und Politik ★ Referat und Diskussion

18.8.1999 ★ 69 bis 82 : Die SPD beim letzten Mal an der Regierung ★ Referat und Diskussion

25.8.1999 ★ Terror gegen Flüchtlinge: Das Kapital und die Ausländer ★ Referat und Diskussion

UNI KÖLN

Diskussionen um aktuelle und theoretische Fragen des Sozialismus an unserem Infostand:

★ Jeden Dienstag (im Semester) von 11.45 bis 13.00 Uhr im Foyer des Philosophikums an der Uni Köln

BONN

Donnerstags, 20.00 Uhr
Oscar-Romero-Haus, Heerstraße 205, Bonn

22.7.1999 ★ Stalins Konterrevolution: Staatskapitalismus in Rußland ★ Referat und Diskussion

5.8.1999 ★ Die revolutionären Ideen von Karl Marx ★ Referat und Diskussion

WUPPERTAL

Jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr
Die Börse, Wolkenburg 100

Sommerpause bis 4.8.1999

5.8.1999 ★ Ist der Marxismus noch aktuell? ★ Referat und Diskussion

19.8.1999 ★ Klassiker des Marxismus: Lenins Staat und Revolution ★ Referat und Diskussion



Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der 'Linke Opposition' setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den 'Internationalen Sozialisten' anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen

Besucher auf allen Veranstaltungen willkommen!



MARXISMUSTAG Wuppertal

14.8.1999 - 13.00 Uhr

Die Börse - Wolkenburg 100

Themen: War Che ein Sozialist?

Marxisten und Gewerkschaften

Der Niedergang der Linken

Kostenlose Leseprobe

anfordern

unter

0221 - 510 17 96



Eichels Sparpaket nimmt den Armen und gibt's den Reichen

»Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser«, unter diesem Motto ist die rot-grüne Regierung angetreten, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Schon seinerzeit haben wir gesagt, da Schröder und Co. entgegen ihrer tollen Versprechen die Kürzungspolitik von Kohl noch beschleunigen werden.

So bringt die geplante Steuerreform mit einer Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 53% auf 48,5% im Jahr 2002 für private Einkünfte und einer Senkung des Spitzensteuersatzes von derzeit 45% auf 43% im Jahr 2000 für gewerbliche Einkünfte, sowie einer Senkung der Körperschaftssteuern von 40% auf 22-25% lediglich dicke Vorteile für die Superreichen. Auch bei der Ökosteuer sind sie die Gewinner, da international konkurrierende Konzerne ohnehin von ihr ausgenommen sind. Die Zeche zahlt auch hier der Arbeiter in Form von höheren Benzinpreisen - geplant ist zukünftig eine jährliche Erhöhung von 8-10 Pfennig pro Liter (stufenweise um 6 Pfg./Liter in den Jahren 2000 bis 2003) - sowie höheren Strompreisen (stfw. um 0,5 Pfg./kWh im gleichen Zeitraum).

Doch nicht genug des schlechten: in diesen Tagen wartet Bundesfinanzminister Eichel mit einem Sparpaket auf, welches Einsparungen im Haushaltset 2000 von 30 Mrd. DM vorsieht. Um dieses Ziel zu erreichen verlangt er von allen Ministerien - ausgenommen dem Bildungsressort - ihren Etat um 7,4% zu kürzen. Bundesarbeitsminister Riester, der über den größten Einzeletat verfügt, muß 12,8 Mrd. DM einsparen. Davon sollen 7,2 Mrd. DM durch Kürzung der Sozialbeiträge, die die Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose zahlt, eingespart werden. Die 2,7 Mrd. DM Ausfall, die dabei den Krankenkassen entstehen, sollen dadurch ausgeglichen werden, da nicht mehr alle Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen Anspruch auf Sterbegeld haben.

Zur Absicherung des Sparpaketes sollen die Renten in den nächsten zwei Jahren nicht an den Anstieg der Nettolöhne gekoppelt werden, sondern nur in Höhe der Inflationsrate steigen. Das Nettorentenniveau wird somit von derzeit 70% auf ca. 66% sinken, was den Rentenkassen Einsparungen in Höhe von 3,8 Mrd. DM bescheren wird.

Den Arbeitslosen wird der Rentenbeitrag nicht mehr nach dem Lohn bezahlt, der ihnen nach Tarif zugestanden hätte, sondern nach dem Arbeitslosengeld. Damit spart das Arbeitsamt 7,2 Mrd. DM - der höchste Posten in Eichels Plänen.

In diesem Zusammenhang ist die Einigung über die Erhöhung des Kindergeldes um 20,- DM und die Erhöhung des Kinderfreibetrages von 7.000,- auf 10.000,- DM allenfalls ein schwacher Trost, zumal Spitzenverdiener daraus einen Vorteil in Höhe von bis 5.800,- DM ziehen, während Geringverdiener maximal 2.700,- DM erhalten.

Am 30. Juni wird das Sparpaket ausgepackt und der Öffentlichkeit präsentiert, aber egal was Eichel und Konsorten sich

noch ausgedacht haben, schon jetzt sieht man, da Leuten mit mittlerem und geringem Lohn, Arbeitslosen, Rentnern, Studenten etc. der Wind zukünftig stärker denn je ins Gesicht blasen wird. Soziale Gerechtigkeit adé!

Der Wunsch der Kollegen nach Verbesserung kann folglich nicht durch die Wahl der reformistischen SPD erfüllt werden. Denn wirkliche Reformen sind in einer Zeit, in der sich die Bosse für die nächste Krise rüsten - und in der befinden wir uns momentan -, Illusion. Da die Krisen im Kapitalismus aber immer häufiger und länger andauern werden, wird es auch zukünftig keine Verbesserungen geben.

Die einzige Perspektive, die wir und unsere Kollegen haben ist die, für Verbesserungen in den Betrieben und auf der Straße zu kämpfen und dadurch dieses System mit seiner Konkurrenzlogik in die Knie zu zwingen, um an dessen Stelle ein System zu setzen, das nach den Gesetzen der Vernunft funktioniert.

